

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der unentgeltlichen Sonntagsbeilage: „Die Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Melkgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf., Postgebühren Nr. 6824.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 78.

Breslau, Freitag, 1. April 1892.

3. Jahrgang.

Herrschaft roher Gewalt.

Von S. Stepniak.

II.

In Nischni Nowgorod, Twer und anderen Provinzen mußten die Gouverneure einschreiten und den Kreishauptleuten auseinandersetzen, daß ihr Eifer sie da zu weit führe. Diese einzelne Praxis wurde bejährt, aber die Bauern werden noch für jede Lumperei geprügelt.

In Städten, welche die Vorhut unserer Kultur bilden, wurden körperliche Züchtigungen ungefähr vor 30 Jahren durchaus untersagt. Jetzt haben sie ihre frühere Herrschaft wieder erlangt. Die Polizeistationen sind zu Prügelstationen geworden. Für jede kleine Übertretung, welche sonst mit einer Nacht Haft oder einer kleinen Geldstrafe geahndet wurde, wird jetzt geprügelt. Die breiten Massen des Volkes leiden darunter am Meisten. Aber auch Gelehrte und „Ablige“, welche das Gesetz von körperlichen Züchtigungen ausnimmt, haben das Los gewöhnlicher Sterblicher zu teilen. In Moskau wurde ein Advokat geprügelt, in Nischni Nowgorod ein Kaufmann, in Niasan der Sohn eines Geistlichen. Bei den politischen Untersuchungsgefangenen hat sich die Knute zu einem Folterwerkzeug entwickelt. In Warschau gebrauchte man sie, um sich Geständnisse zu erpressen.

Politische Gefangene bekamen die Knute in Sibirien. Die Tragödie von Kara ist noch in frischem Gedächtnis. Diese entehrende Strafe schwebt als beständige Drohung über den Häuptern der Gefangenen in Sibirien. Wenn sie seit den Ereignissen von Kara nicht wieder in Anwendung gebracht wurde, so ist dies nur dem schrecklichen und heroischen Protest der Mitgefangenen vor Madame Sibirida zu danken.

Rußland ist wiederum zum „Land der Knute“ geworden, und diesen Rückfall in die Barbarei verbannt es zweifelsohne und ausschließlich dem „persönlichen Charakter seines gegenwärtigen Herrschers.“

Allmächtig zum Schlimmen, ohnmächtig zum Guten.

Das Land ist solchen Brutalitäten entwachsen. Nichts hat so viel dazu beigetragen, das gegenwärtige System zu untergraben und verhaßt zu machen, als diese Befriedigung gewisser Neigungen seines Herrschers.

Aber die wenigen tätlichen, energischen Proteste gegen diese ewigen Quälereien und Beschimpfungen sind bisher nur durch Bauern erfolgt. In der Nähe von Moskau, in den Provinzen Niasan, Orel und Kaluga haben die Bauern einige ihrer Prinzen verstümmelt oder getötet. Einer derselben wurde öffentlich von ihnen geknüttet.

Ein neues Beispiel von männlicher, durch die Umstände durchaus gerechtfertigter Auflehnung wird aus Sibirien gemeldet. Kein politischer Verbannter ist sein Geld, sondern ein gewöhnlicher „Anfiedler“, Wassilius Kotlarow.

Seine Tat und seine Verurteilung riefen einen tiefen Eindruck in Rußland hervor, wie man aus den Zeitungen ersehen kann, welche ausführliche und, soweit es die Zensur erlaubt, sympathische Berichte bringen. Das macht den Fall doppelter Beachtung wert.

Der Vorgang ist ein bezeichnendes Beispiel von der zynischen Gesetzmäßigkeit des russischen Beamtentums. Er begann mit einem Krawall in einer Kneipe, welchen der Held des zukünftigen Trauerspiels zufällig als Bierausgänger beobachtete. Die ganze Sache wäre im Sande verlousen, da Kläger und Beklagte sich einten, ehe die Sache vor Gericht kam. Aber der Stanowoy Jarondenko nahm jetzt die Sache in seine

Hände, mit der klaren Absicht, sie zur Erpressung von Geschenken auszunutzen, und befahl, die Delinquenten zu prügeln. Unter ihnen befanden sich auch Wassilius und Bolewitsch, die beide nur Zeugen des Vorganges gewesen waren. Der Letztere zahlte Lösegeld und kam frei, Kotlarow aber war nicht reich genug. Er versuchte alle Mittel, wie Ueberredung und Bitten, bevor er zum letzten, zum Revolver griff. Sogar die Kläger gingen zur Polizei, um zu seinen Gunsten einzuschreiten, indem sie ausfragten, daß er nichts mit den Beschuldigten zu tun habe. Kotlarow selbst ging so weit, dem Gehilfen Jarondenkos ein Geschenk von 20 Rubeln zu geben; doch das Geld wurde entweder gestohlen oder für ungenügend befunden. Am 16. März, grade als er im Glauben an seine endliche Sicherheit seine Sachen zur Reise nach Witim packte, wo seine Frau und Familie ihn erwarteten, empfing er die Unglück verheißende „Ladung vor die Polizei“. Kotlarow ging hin und empfing die Meldung, daß er dort und dort um so und so viel Uhr geprügelt werden solle. Er erlangte einige Minuten Aufschub und ging nochmals zu Jarondenko, um eine letzte Anstrengung zu machen. Alles war vergebens. Jarondenko bestätigte seinen Befehl, und als er das Zimmer verlassen wollte, zog Kotlarow einen Revolver und schoß ihn nieder.

Am 8. Februar 1891 wurde er im Kirchhof des Gefängnisses von Irkutsk hingerichtet. Er zog den Tod einem entehrten Leben vor.

Kotlarows Tat verstieß gegen das gemeine Recht und gehörte deshalb vor die ordentlichen Gerichte. Aber die Regierung sah in seinem Verbrechen mehr als einen gewöhnlichen Mord. Es war die Rettung beschimpfter menschlicher Ehre und als solche eine politische Tat. Auf Verordnung von St. Petersburg wurde er vor ein Kriegsgericht und Kriegsgefege ge-

Die Schwestern.

Roman von M. Kautsky.

Erstes Kapitel.

Ueber dem hübschen, von alten Mauern und grünen Bergen umgebenen Städtchen Waidingen war der Abend hereingebrochen, ein Aprilabend, so rau und stürmisch, daß man ihn füglich in den März hätte zurückverlegen können.

Seit einer Stunde schon war alles in Dunkel und Schweigen gehüllt. Man vernahm nur das Brausen des Stromes, der in seinem tiefen Felsenbett, an dessen felsaufsteigenden Ufern sich die Stadt erhebt, rasch und ungeberdig dahinschoß, und das Klirren der Straßentatzen, deren mattes Licht unruhig hin- und herflackerte. Die Straßen dieser Stadt waren niemals, außer an Markttagen, lebendig zu nennen, um diese Stunde waren sie fast menschenleer. Nur am oberen Platz hallte von Zeit zu Zeit der kräftige, beschleunigte Schritt eines Passanten, der dem Goldenen Löwen zusteuerte, oder in drängenderer Eile die Richtung nach dem Hause des Apothekers nahm, um in dessen hellerleuchtete Offizin zu treten.

Das Haus des Apothekers Germanek begrenzte das Südende des Platzes. Einstöckig, mit einem großen, weißherausgehauten Erker und einem Giebelbache, zählte es zu den charakteristischsten Bauten des Städtchens,

dessen feste Türme und Brücken, und dessen Kirche selbst bis in das dreizehnte Jahrhundert zurückreichen.

Das Erdgeschloß des Hauses war in allen Teilen erleuchtet; es befanden sich da, außer der Offizin und dem Laboratorium, auch das Wohn- und Speisezimmer der Familie Germanek-Herold, indeß ihre Schlafräume in den ersten Stock und in den Giebel verlegt waren.

Für das große Erkerzimmer war seit einem Jahre ein Fräulein Luise Weiß in Miete genommen, welche dasselbe allein bewohnte.

Jeder Vorübergehende konnte das wissen, wenn es nämlich nicht so finster war, wie in diesem Augenblick, denn ein kleines, bescheidenes Schild, das am Erker hin- und herbaumelte, trug ihren Namen, und darüber stand in etwas größeren Buchstaben „Gesangsschule“.

Also seit einem Jahre beiläufig hatte Waidingen das Glück, eine Gesangsmeisterin zu besitzen und zwar eine so tüchtig geschulte, daß sie jedem Konservatorium Ehre gemacht hätte. Es benachteiligte sie nur der Umstand, daß die Waidinger dies nicht recht glauben mochten. Sie hielten nicht viel von Leuten, die nichts Besseres zu tun wußten, als sich unter ihnen zu etabliren, was freilich von rührender Bescheidenheit zeugte, die in diesem Falle aber ganz und gar nicht gerechtfertigt war. Da die erbgehabten Bürger prinzipientreue Leute waren und andererseits von Musik nicht viel mehr als von den anderen Künsten verstanden, so glaubten sie es dem Talente ihrer Sproßlinge schuldig zu sein, es außer Waidingens Mauern zu fördern, und sie schickten daher ihre Kinder nach wie vor nach der Residenz in

Institute, von denen man etwas „gehört“ hatte, das heißt, die die Lärmtrommel so laut zu rühren verstanden, daß es sogar unseren biederen Landstädtlern in die Ohren klang. So kam es, daß bei Fräulein Luise sich nur diejenigen Kunstjünger einstellten, die sehr viel Lust und Liebe, aber nur wenigbemittelte Eltern hatten, oder solche, die außer Lust und Liebe, noch Talent, aber gar keine Mittel, und auch häufig gar keine Eltern hatten, welche armen Teufel sie dann umsonst unterrichtete, und wahrscheinlich sich mit ihnen deshalb nicht weniger mühte, mit nicht geringerem Eifer sie zu fördern suchte, als die zahlenden. Luise war eben eine noble, durchaus fein und künstlerisch angelegte Natur, dabei voll Freimut und von einem lebhaften Temperament; aber das Ungemach des Lebens, Zurücksetzung, Kummer und Kränkung aller Art, hatten der jetzt acht- unddreißigjährigen Dame eine gewisse Zurückhaltung zur Gewohnheit gemacht, und ihr einen etwas pessimistischen Zug aufgedrückt.

Sie hatte eine wunderbare Stimme besessen, voll Kraft und Schmelz und dabei von einer technischen Ausbildung, die fast Vollendung genannt werden konnte. Man hatte seiner Zeit dem jungen Mädchen eine glänzende Zukunft prophezeit, wenn es sich der Bühne widmen würde. Trotz der Abmahnungen ihrer Verwandten, namentlich ihres Bruders, der fürstlicher Gutsverwalter geworden und sich vor kurzem verheiratet hatte, war sie dazu entschlossen und sie begann mit allem Eifer und aller Gewissenhaftigkeit, sich für ein öffentliches Auftreten vorzubereiten.

Recht. Da waren noch andere Verletzungen der Gerechtigkeit, wie man sie an politischen Prozessen gewöhnt ist.

Die Regierung sonderte Kollgrom als politischen Verbündeten aus, und sicherlich wird jeder russische Revolutionär stolz darauf sein, diesen tapfern „Anfänger“ als Bruder in dem gemeinsamen Kampf um Recht und Menschlichkeit begrüßen zu dürfen.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Der Bundesrat hat die Verordnung betreffend das Inkrafttreten der Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe angenommen. Er hat ferner in seiner Plenarsitzung am 26. d.M. dem Entwurfe einer Verordnung, betreffend die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Mitteilung der Zahl der in Fabriken und diesen gleichstehenden Anlagen am 1. April 1892 beschäftigten Arbeiterinnen, sowie dem Ausschussberichte über den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Gesetz für 1892/93 (Kosten zum Bau strategischer Eisenbahnlinien) zugestimmt.

Sonst und — jetzt? Der neue Kultusminister hielt am 4. Juli 1888 in der „Staatswissenschaftlichen Gesellschaft“ einen Vortrag, in welchem er sich über die Korpsstudenten wie folgt äußerte:

Ich bin Korpsstudent gewesen, und wir wurden von Korps wegen geradezu angehalten, ins Kolleg zu gehen. Das soll ja freilich jetzt anders geworden sein. Die farbentragenden Studenten sollen sich, außer den Medizinern, kaum noch im Kolleg sehen lassen. Ein hiesiger angesehener Professor versicherte mir jüngst, daß ein Korps in Heidelberg seinen Mitgliedern und Gästen den Kollegienbesuch als unanständig geradezu verbiete. Das wäre denn freilich die Krone eines unsinnig gewordenen studentischen Lebens. Richtig ist nach meinen Erfahrungen, daß die Korps an die Lebenshaltung ihrer Mitglieder jetzt Anforderungen stellen, die schon finanziell für nicht sehr reiche Väter kaum erschwinglich sind. Daraus ergibt sich dann auch leicht eine Gewöhnung an materielle Genüsse und eine Summe von äußeren Ansprüchen, die neben sittlichen und materiellen Gefahren auch auf das wissenschaftliche Leben ungünstig zurückwirken müssen. Ein hiesiger Richter, welcher der freisinnigen Partei angehört, beklagte sich vor einiger Zeit gegen mich in den bittersten Ausdrücken über die erstaunliche Unwissenheit und Interesselosigkeit zahlreicher Referendarien, über deren völligen Mangel an idealer Lebensauffassung, und wenn dies Zeugnis eines Praktikers, der doch täglich Gelegenheit hat, unseren juristischen Nachwuchs zu beobachten, mit den Wahrnehmungen der akademischen Lehrer übereinstimmt, so scheint in der Tat die Beforgnis nicht unbegründet zu sein, daß die tonangebenden Kreise unserer akademischen Jugend Wege gehen, welche die Bewahrung der traditionellen Tüchtigkeit unseres Beamtentums ernstlich zu gefährden drohen.

Außerdem klagte Herr Boffe, die Vorbildung der Verwaltungsbeamten sei unzulänglich; namentlich würden die tüchtigen Gewerbebeamten immer seltener; bei der Mehrzahl der jüngeren Beamten finde man oberflächliches Aburteilen in Hülle und Fülle, gediegene Arbeit aber so selten, daß jede einigermaßen wertvolle Arbeitsleistung sofort auffällt.

Als Kultusminister hat Herr Boffe ja Gelegenheit, mit dem Unfug des Korpsstudententums gründlich aufzuräumen. Es fragt sich bloß, ob der Kultusminister noch so denkt wie der Geheimrath.

„Im Namen Gottes“ haben die Herren Theologen von jeher den tollsten Unfug und Verbrechen aller Art verübt. So sucht das Stöcker'sche Blatt „Volk“ die Situation durch folgenden Kriegsrufer auszunutzen:

„So erhebe dich, deutsche „Minderheit“, die du Christus den Himmelskönig wähltest, — stehe auf und begehre Einlaß bei deinem irdischen Kaiser und bitte ihn, die Fahne Christi, das goldene Kreuz des Gehorsams seinen Volksmassen zu zeigen.

Die Minderzahl wird siegen. Die Minderzahl zählt in Deutschland einen christlichen, starken, jugendlichen Helben — das ist der Kaiser selbst. Er wird sich an die Spitze dieser Minderzahl stellen, er wird den christlichen Staat erobern, er wird die Masse zum Gehorsam führen, zwingen, — denn Christus kämpft mit der Minderzahl.

„Deutsche, habt ihr den Mut, so lange vor eures Kaisers Tür zu stehen, bis ihr den Einlaß bei ihm erzwungen habt — die christliche Fahne in der Hand? Christus ist mitten unter euch, was zaudert ihr noch?“

Dieser ganz im Tone der Heilsarmee-Kriegsrufer gehaltene religiös-politische Humbug wird von der vernünftigen Mehrheit des Volkes mitteilidig belächelt. Die „frommen“ Blätter, denen die zehn Gebote das A und das O des Schulunterrichts sind, scheinen dieselben noch nicht zu kennen. Geißt es nicht in denselben: „Du sollst den Namen deines Gottes nicht unnützlich führen; denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht.“

Wenn ihr Gottesglaube wirklich das wäre, was er nach ihrer Behauptung sein soll, so würden sie wol nicht so rüchichtslos und dumm sich zum Gottheits-Anwalt aufwerfen.

Der Herr Kommerzienrat. Berlin. Der Kommerzienrat Kaselowsky, Direktor der bekannten Maschinenfabrik „Schwarzkopff Akt.-Ges.“ versendet an die Berliner Blätter folgende Erklärung:

„Bei den Berichten über die Märzfeier hat die Nachricht Verbreitung gefunden, daß auf den Gräbern der Märzgefallenen ein Kranz mit roter Schleife, die Widmung enthaltend: „Gewidmet von den Arbeitern der Schwarzkopff'schen Fabrik „Sibirien“, niedergelegt worden ist. Mit „Sibirien“ ist unser in der Alsterstraße 96 befindliches Zweig-Etablissement gemeint, welches, zur Zeit seiner Begründung noch etwas weit ab vom Verkehre und im hohen Norden Berlins gelegen, diese Bezeichnung vom Volksmunde zugeleitet erhielt. Wir konnten — und wie sich herausgestellt hat, mit Recht — annehmen, daß nur einzelne Unbefugte — Feinde der Ordnung und des Friedens — ohne das erforderliche Einverständnis aller Arbeiter einzuholen, sich

erkühnt haben, im Namen der Letzteren eine so unerhöhte Demonstration in Szene zu setzen. Die von uns in den Werkstätten unseres neuen Werks aufgelegten Listen, welche denjenigen, die mit solchem Vorgehen nicht einverstanden sind, Gelegenheit geben sollten, eine entsprechende Erklärung abzugeben, deren Inhalt lautete:

„Ohne unser Wissen und Wollen ist am 18. März dieses Jahres ein Kranz mit roter Schleife, die Aufschrift enthaltend:

„Gewidmet von den Arbeitern der Schwarzkopff'schen Fabrik „Sibirien“ in demonstrativer Weise auf dem Kirchhof im Friedrichshain niedergelegt worden.

Die Unterzeichneten erklären hierdurch, daß sie in diesem Vorgehen einzelner Unbefugter nicht einverstanden sind, sich vielmehr veranlaßt sehen, gegen eine solche willkürliche Demonstration feierlich Protest zu erheben. Sie sind denn auch mit 851 eigenhändigen Unterschriften beehrt worden. Diese Zahl enthält, mit Ausnahme von sechs, welche sich der unbefugten Agitation schuldig gemacht haben, und aus diesem Grunde aus unserer Fabrik sofort entlassen sind, die Namen der sämmtlichen Arbeiter unseres Zweig-Etablissements, und versehen wir nicht, dies zur Wahrung des Rechtes derselben, ihre Ansichten selbst zu vertreten, hiermit zur Kenntnis zu bringen.“

Bevor dieser Brief zur Veröffentlichung gelangt, hatten — wie der „Vorwärts“ berichtet — die sechs „Feinde der Ordnung und des Friedens“ noch eine Unterredung mit dem leitenden Direktor der Gesellschaft, dem Kommerzienrat Kaselowsky, der bei dieser Gelegenheit eine solche seltene Fülle von Geist, verbunden mit gemütvollem Humour offenbarte, daß wir nicht anstehen, das stattgehabte Zwiegespräch möglichst wörtlich zu veröffentlichen. Nur da, wo der geistreiche Witz des Herrn Kommerzienrates sich der berobtrachtlichen Ausdrucksweise des Mittelalters bediente, werden wir uns mit einer bloßen Andeutung begnügen müssen.

Arbeiter: Wir sind gekommen, um uns nach dem Grund unserer plötzlichen Entlassung zu erkundigen. Kommerzienrat: Sie sind entlassen wegen sozialistischer Untriebe. Arbeiter: Sozialistische Untriebe? Durch welche Handlungen sollen wir dieselben begangen haben? Kommerzienrat: Nun seien Sie doch ehrlich, sind Sie Sozialdemokraten? Die Arbeiter: jeder einzeln mit dem Tone der vollsten Ueberzeugung: Ja wol! Kommerzienrat: Das ist braun von Jönen, daß Sie so offen Ihre Gesinnung bekennen, aber eben weil Sie Sozialdemokraten sind, deshalb können wir nicht mehr zusammen arbeiten. Ich habe es mir zur Regel gemacht, keine Sozialdemokraten zu beschäftigen, weil deren Anschauungen mit meiner Gesinnung im Widerspruch stehen. Nun sagen Sie einmal, was wollen die Sozialdemokraten eigentlich? Arbeiter: Zunächst dafür sorgen, daß für Jeden, der arbeiten will, eine menschenwürdige Existenz geschaffen wird. Kommerzienrat: Nein, teilen wollen sie, und wenn einige nach vierzehn Tagen das ihrige aufgefressen haben, wieder teilen, bis Raub und Mord das Ende ist. Arbeiter: Eine solche Anschauung verrät eine vollständige Unkenntnis unserer Ziele. Wir würden Ihnen raten, die sozialistische Literatur zu studieren. Sie würden dann bald anderer Meinung werden. Kommerzienrat: Ihre Annahme trifft nicht zu. Ich habe die sozialdemokratischen Zukunftsbilder von Eugen Richter bis zu Ende durchstudiert, und damit Sie sehen, daß ich es gut mit Ihnen meine, will ich Jedem von Ihnen ein Exemplar dieser Schrift als bleibendes Andenken verehren. Arbeiter: Diese Schrift ist uns bereits bekannt, wir haben sie auch studiert, haben sie aber auch ihres haarsträubenden Blödsinns halber wieder bei Seite gelegt. Kommerzienrat: Wenn Ihnen denn gar nicht zu raten ist, so wandern Sie doch nach Amerika aus. Sie können sich ja dort nach Belieben einrichten und am Salzsee Ihren Zukunftsstaat begründen. Arbeiter: Auch dieser gute Rat ist nicht mehr neu, wir denken jedoch nicht daran, ihn zu befolgen. Wir wollen hier, wo wir geboren sind, unseren Staat verwirklichen. Kommerzienrat: Ja, Ihren Staat, in dem wird es schon aussehen! Sie wollen Minister spielen und wir sollen Sch... häuser austräumen. Aber so weit ist es glück-

Wie ein sonniger Traum war ihr junges Leben bisher dahingeglitten; sonniger, glänzender noch, erschien ihr die Zukunft.

Es sollte anders kommen. Ein tragisches Geschick sollte ihr den Weg zu Glück und Ruhm für immer verschließen, und das so liebreizende und begabte Wesen traurig verkümmern lassen. Ihr Herz gehörte damals einem jungen Manne aus gutem Hause, der wol selbst noch keine gesicherte Existenz, doch die schönsten Hoffnungen hatte, und der vielleicht eben so sehr auf die Talente seiner künftigen Gattin, als auf seine eigenen rechnete. Es war wenigstens beschlossen worden, ihre eheliche Verbindung bis auf den Zeitpunkt hinauszuschieben, wo Luise als Künstlerin anerkannt und akkreditiert sein werde. Das Ziel war also als ein doppeltes anzusehen, welches die Herzensneigung, sowie den Ehrgeiz dieses jungen Wesens gleichzeitig krönen sollte. Da erkrankte ihr Bräutigam auf das gefährlichste.

Luise vergaß über ihrem Kummer, über der Seelenangst um den Geliebten alles, ihr künstlerisches Vorhaben und ihre mädchenhaften Bedenken. Sie ging zu dem jungen Manne, der allein mit einem alten Diener wohnte, und sie blieb bei ihm und pflegte ihn mit einer Aufopferung, mit einer rührender müden Hingabe die, nachdem sie den Geliebten gerettet, sie selbst auf das Krankenlager warf. Die Ueberanstrengung, die sie ihrem zarten Körper zugemutet, vereint mit heftiger Qual, hatten ein Nervenfieber hervorgerufen. Sie gesonderte zwar, aber eine Ablagerung des Krankheitsstoffes trat auf dem einen Fuße hervor, sie begann zu

hinken. Auch ihre Stimme hatte gelitten. . . Ihre Bühnenkarriere war für immer dahin. Aber auch ihre Liebe sollte nicht belohnt werden. Ihr Geliebter hatte eine Stelle im Auslande erhalten und reiste ab mit tausend Versicherungen der Liebe und Treue. Indeß war schon in der letzten Zeit seine Stimmung eine sehr ungleiche gewesen; er schrieb sie den Nachwehen seiner eigenen Krankheit zu, sowie dem Verdruß über die ihrige und namentlich über ihre nun verfehlte Künstlerlaufbahn.

Seine ersten Briefe waren kurz und unklar, endlich fühlte er sich bewogen, ihr zu eröffnen, daß er sich in seinen Hoffnungen getäuscht habe, daß seine Stelle durchaus nicht die Annehmlichkeiten böte, die er erwartet und die für einen Haushalt ihm unerlässlich schienen, ja, daß sie nicht einmal eine sichere genannt werden könne. An eine Eheschließung könne, dürfe er somit, vor der Hand wenigstens, nicht denken, wenn er nicht ein angebetetes, aber an alle häusliche Behaglichkeit und Bequemlichkeit gewöhntes Wesen ins Unglück stürzen wolle.

Die zärtlichen Versicherungen und Bertröstigungen, mit denen das Schreiben schloß, konnten Luise nicht täuschen, nicht mehr irre machen. Sie erkannte die ganze Nichtigkeit, die ganze Jammerlichkeit dieses Benehmens, sie erkannte, daß sie ihre Liebe an einen Unwürdigen dahingegeben. Und der Heuchler gab vor, sie zu schonen? Der Freche hatte die Stirn, derjenigen, die ihre Künstlerlaufbahn, ihre Gesundheit, fast ihr ganzes Leben für ihn dahingegeben, ein wichtiges

Festhalten an Bequemlichkeit vorzuhalten? sie einer Schwächlichkeit zu zeihen? Sie schrieb ihm sogleich zurück; es waren Worte edlen Zornes und einer nieder-schmetternden Verachtung. Sie selbst zerriß das Band und jedes Andenken an ihn wollte sie hinfort aus ihrer Seele tilgen. Sie wünsche nichts mehr von ihm zu hören, ihn nie mehr zu sehen, denn jeder Gedanke an ihn lasse sie erröten über die Schmach, ihn einst geliebt zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Dr. S. Lur (Magdeburg): Die Prostitution, ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung Dritte Serie, 4. Heft der Berliner Arbeiter-Bibliothek. Berlin, Verlag des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. Preis 20 Pf. — Der Verfasser will, wie er selbst sagt, den Arbeitern keine neue sozial-etische Untersuchung liefern oder das alte Thema der Prostitution von einem neuen Gesichtspunkte betrachten; ihn leitete vielmehr die Absicht, in kurzer, übersichtlicher Weise darzulegen, daß die Prostitution auf das innigste mit dem Kapitalismus verwachsen ist und sie nur verschwinden kann, wenn der Sozialismus mit dem Kapitalismus selbst wird ausgeräumt haben.

Von der „neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 26. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vom Welfenfonb. — Die Sozialdemokratie und der Kampf gegen die Stückarbeit. — Die Erziehung der Geißen. Ein Beitrag zur Geschichte der Pariser Kommune. (Schluß.) Von Adolf Hepner. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Die Welfen-Legende. Eine Skizze von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

licher Weise noch lange nicht. Unter unseren Arbeitern befinden sich vielleicht höchstens 200 Sozialdemokraten. Arbeiter: Diese Annahme ist irrig! Gewiß ist, daß die Mehrzahl Ihrer Arbeiter Sozialdemokraten sind. Kommerzienrat: Wenn dies wahr wäre, würde ich lieber „mein Wert“ schließen, als mit Sozialdemokraten zusammenarbeiten. Nun werde ich Ihnen auch ein Zeugnis ausstellen. Ich werde Ihnen in demselben bestätigen, daß Sie sich ausgezeichnet zu Direktoren eignen, daß Sie aber, weil in „meinem Werte“ beide Direktorenstellen besetzt, sich in dieser Ihrer Eigenschaft anderweitig nach Beschäftigung umsehen müssen. Als die Arbeiter hierauf erklärten, daß es nicht häßlich sei, wenn man Arbeiter in ihrer traurigen Lage noch verhöre, brach der Kommerzienrat die Unterhaltung ab.

Und das will Arbeitern imponieren?

Und das will in der Öffentlichkeit die Rechte der Arbeiter wahren?

Wahlrückläufe. Aus Friedland i. M. berichtet die „Nordwacht“: „Der Wahlkampf hier hat unserem braven Genossen Herzberg, der mit der größten Aufopferung für unseren Kandidaten Lütgenau agitiert hat, die Existenz geraubt. Er hat zum Wanderstab greifen müssen und ist abgereist. Der Ordnungsmesse Nahe über den Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie hat ihn vertrieben. Der Stimmenzuwachs war aber auch ein außerordentlicher, 11 sozialdemokratische Stimmen am 20. Febr. 1890 und 168 Stimmen am 19. März 1892.“

Vom Aßchensbrödel „Volksschule“. Zu Alt-Rhoda in Mecklenburg wird seit dem August vorigen Jahres kein Schulunterricht mehr erteilt. Der alte Lehrer starb damals und ein neuer ist noch nicht angestellt. Der Pastor unterrichtet privatim seine eigenen Kinder und die des Gutsherrn. Die anderen Kinder lehren sich auf der Gasse gegenseitig Unarten. Der Nebelstand wurde vor kurzem in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung zur Sprache gebracht; Wählerversammlungen bieten ja in Mecklenburg, wo politische Versammlungen sonst strafrechtlich verboten sind, zu solchen Klagen die einzige Gelegenheit.

35 Proz. Dividende zahlt die Halle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei in Halle auf das Jahr 1891, während es die Bremer Wollkammerei in Bremen nur auf 18 Proz. Entbehrungslohn zu bringen vermochte.

Der neugewählte Abgeordnete für den 22. sächsischen Wahlkreis, Franz Hofmann, der letzte vom dritten Duzend, ist in den Reichstag eingetreten und hat, von seinen Kollegen freundlich begrüßt, im Kreise derselben seinen Platz eingenommen. Mit Hofmann zählt die sozialdemokratische Fraktion jetzt sechs gelernte Zigarrenarbeiter.

Kapitalistische „Regelung“ der Produktion. Aus Leipzig berichtet der „Korrespondent für Deutschlands Gutmacher“: „Der Hutfabrikant G. H. hier hat seine sämtlichen und langjährigen Kesselarbeiter entlassen. Der Grund hierzu soll sein, daß G. H. das Rohrlager bis in den Ramsch von der verkrachten Hutfabrik Leischnig käuflich übernommen hat; man spricht von 6-8000 Stück meistens roh vom Kessel verfertigter weißer Hüte. Infolgedessen sind die zwanzig Jahre und länger bei ihm beschäftigten Arbeiter überflüssig und als Greise mit zahlreicher Familie auf die Straße geworfen worden. Nur ein junger Mann wurde wieder eingestellt.“ Was hat nun den Arbeitern die zwanzigjährige „Treue“ zum Hause genutzt?

Dortmund. Bei den Knappschaftswahlen siegte der „Dortmunder Btg.“ zufolge im Allgemeinen der sozialdemokratische alte Bergarbeiterverband.

Fürstenerziehung. Der Herzog von Cumberland braucht einen Erzieher für seinen ältesten Sohn. Er wendet sich an einen Dredner Seminardirektor, diesen er suchend, ihm eine geeignete Persönlichkeit vorzuschlagen. Der Direktor, der als angesehener Pädagoge gilt, reißt nun zu dem Herzog und fragt denselben, in welchem Sinne dem Sohne die Ereignisse des Jahres 1866 (die Annexion Hannovers) gelehrt werden sollten. Der Herzog soll darauf erwidern haben, daß er seinen Sohn auf gut deutscher Grundlage erziehen zu sehen wünsche. Diese Herren „Erzieher“, „erziehen“ also ihre Zöglinge ganz nach Wunsch und lehren Geschichte in jedem gewünschten Lichte. Hätte der Herzog gewünscht, man solle aus seinem Sohne einen Preußenhasser erziehen, so hätten sie eben dem jungen Menschen die Geschichte in antipreußischem Lichte gelehrt und so einen Preußenhasser aus ihm „erzogen“. Da aber der Herzog aus seinem Sohne einen guten Deutschen gemacht sehen will, so werden sie auch einen guten Deutschen aus ihm „erziehen“. Man nennt das Pädagogik.

Stuttgart. Der hiesige Gemeinderat beschloß die Abschaffung des Volksschulgeldes. — Bravo!

Ausland.

Oesterreich.

Greuel des Kasernenlebens. Wie man mit Gewalt jedes edle Gefühl im Soldaten ersticken will, ihm durch Rohheit und Brutalität eine bestialische Gesinnung aufprägen will, das zeigt so recht ein Fall, der bei dem Pionierregiment in Prag alljährlich wiederholt wird. Bevor die Rekruten eingereiht werden, wird mit ihnen eine Prozedur vorgenommen, die jeder Menschlichkeit Hohn spricht. Offiziere, Unteroffiziere — die Stellvertreter Gottes auf Erden (nach Klings), — Gefreite stehen als Zuschauer dabei und ergötzen sich an dem schrecklichen Schauspiel. Der Vorgang ist folgender: Sobald der erste Schanzkorb fertig ist, müssen alle antreten. Zehn bis 12 Mann werden bestimmt; der erste Mann wirft den Korb hin, legt sich darauf und zwar so, daß der Kopf nach unten geneigt ist. Dann wird mit Weidenstöcken von der Dicke eines Daumens geprügelt. Jedoch wird dabei in echt militärischer Weise verfahren. Der Zugführer stellt sich hin und kommandiert: „Antreten zum Sappeurhiebe!“ Jeder einzelne muß dann sich auf den Korb legen und erhält 5 Hiebe mit dem Stock. Wenn der Zugführer ausholt, spricht er jedesmal: „Im Namen Sr. Majestät! Im Namen des Geniechefs! Im Namen des Regiments-Kommandanten! Im Namen sämtlicher Offiziere! Im Namen sämtlicher Kameraden!“ Es wird dabei aber so geschlagen, daß häufig schon nach 2-3 Hieben der Stock zerspringt, dann wird schnell ein frischer genommen und die Prozedur geht weiter. Unser Gewährsmann schreibt uns, daß es schwer auszuhalten ist, daß es keinen gibt, dem nicht die Tränen aus den Augen kolkern. Ja so schlimm waren die Hiebe, daß nach dem Schauspiel alle weiß wie die Wand waren. Es wäre gräßlich, das Angstgeschrei der Geschlagenen mit anzuhören. Nachher zeigten sich fingerdicke Schwielen auf dem Gesicht, so daß die Armen kaum sitzen konnten. Bei den Kompagnien haben bei dem Hieb sämtlicher Soldaten alle Unteroffiziere und Gefreite hingehauen, während die Offiziere dabei standen und sich über den Jammer der schreienden Opfer belustigten. Ein Aufbäumen dagegen giebt es nicht. Es heißt: Es ist schon lange so Gebrauch, und wer diese Hiebe nicht bekommen hat, ist kein Sappeur! soweit unser Gewährsmann. Wenn man nun bedenkt, daß solche Gemeinheiten an zwanzigjährigen jungen Leuten vorgenommen werden, die zu Verteidigern des Vaterlandes ausgebildet werden sollen, so grenzt es gradezu an Wahnsinn, wenn Jemand behaupten will, wie seiner Zeit ein Staatsanwalt, daß der Militarismus eine Schule der Bildung sei. Und so etwas geschieht noch im 19. Jahrhundert! Pfu!

Wien. Zu einer auf Eingeladene beschränkten Sozialisten-Versammlung in Graz wurde der Polizei der Zutritt verweigert; sofort erließen ein Polizeikommissar mit zwanzig Schutzleuten, welcher die Versammlung auflöste.

Italien.

Wie dem „Wiener Fremdenblatt“ aus Rom gemeldet wird, ist der ehemalige italienische Kriegsminister General Bertole-Viale plötzlich wahnsinnig geworden. Er erschien am Dienstag in Audienz beim König Humbert und verlangte von ihm mit Ungestüm das Koller des Annunziatenordens. Der König bemerkte sogleich, daß es mit der Gesundheit des ehemaligen Ministers nicht ganz richtig sei, und rief zwei Kammerdiener herbei, die mit großer Mühe den General aus dem königlichen Gemach entfernten. Der Kranke befindet sich einstweilen noch in häuslicher Pflege.

Belgien.

Die Wiedereinführung der Todesstrafe forderte Namens der Merkanten der Senator Lammens in der Sonnabendigung des belgischen Senats. Der Justizminister wies diesen Antrag als unzeitgemäß zurück, zumal ein entscheidender Nachweis fehle, daß ihre Abschaffung die Verbrechen vermehrt habe.

Sien.

Vom Aufstand in China. Nach Meldungen aus Shanghai sind während des letzten Aufstandes in der Mongolei fast 8000 Aufständische mit dem Schwerte getötet und 500 lebendig verbrannt worden. Im China-Gebiete fielen 1300 Mann der Kaiserlichen Truppen in die Hände der Rebellen. 800 Mann von ihnen wurden niedergemetzelt, die übrigen wurden verbrannt.

Arbeiterbewegung.

Aktion für Schuhmacher!

Wegen Lohn Differenzen bitten die sämtlichen Schuhmacher in der Kron'schen Schuhfabrik zu Kremppe den Zugang strengstens fernzuhalten.

J. A.: Die Lohnkommission.

Aus Hamburg wird der „Deutschen Brauer-Zeitung“ gemeldet, daß der Streit der Brauer der Marienthaler Brauerei siegreich beendet wurde. — Die Arbeiterschaft hatte über das Bier jener Brauerei den Boykott verhängt, um die Brauer in ihrem Streit zu unterstützen.

Aus Bern wird der „Röln. Btg.“ berichtet, in der unter dem Patronat der Berner, Solothurner und Neuenburger Regierung in Biel abgehaltenen Besprechung der Unternehmer und Arbeiter der Uhrenindustrie des Jura sei hinsichtlich des ausgebrochenen Streits Waffenstillstand beschlossen worden. Der Streit betreffe die Stellung der Visiteurs, Atelierchefs usw.

Der englische Kohlenarbeiter-Streit. Die Kohlenarbeiter von Durham halten aus, und sie sind auch in einer relativ günstigen Lage. Der Kohlenarbeiter-Verband hat jedem seiner Mitglieder eine Extrasteuer von 50 Pfg. (1 sixpence) die Woche für die Durham aufgelegt, was wöchentlich 4450 Pf. Sterling (89 000 Mark) ergibt; und auch von anderen Arbeiterorganisationen laufen reichliche Beisteuern ein. Auf ein Viertel Jahr waren aber die Durham, wie sie erklärt haben, „verproviantiert“. Wenn nun auch den Grubenbesitzern ein Streit von kürzerer Dauer durchaus nicht unangenehm war, so verträgt eine Verlängerung des Streiks sich doch keineswegs mit ihren Interessen; einige Bergwerke sind in Gefahr zu „ersaufen“, und in allen verdirbt die Maschinerie, Zimmerung und Mauerarbeit. Unter solchen Umständen dürften die Grubenbesitzer sich doch bald eines anderen bestimmen, und, wenn sie auch nicht die ganze Lohnreduktion zurücknehmen, sich wenigstens zu einem Kompromiß entschließen. —

Gerichtliches.

Alfeld. Auch ein — Herr Pastor. Vor dem hiesigen Schöffengericht kam ein Fall zur Verhandlung, der verdient, in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Angeklagt waren die Hausdchter Sophie Maibaum zu Almstedt, der Postfischer Jordan zu Peze und die Ehefrau des Lehrers Alexander Meister zu Suhl, welche sich über den Pastor Viedenweg zu Almstedt dahin geäußert hatten, daß er sich an einer seiner Pensionärinnen in unsittlicher Weise vergriffen hatte. Hierdurch fühlte sich der Herr Pastor beleidigt und bewirkte gegen die vorgenannten Personen eine Anklage wegen Beleidigung. Es waren nicht weniger denn elf Zeugen geladen, darunter auch der Herr Pastor. Die Zeugenaussagen fielen aber so ungünstig für den Herrn Pastor Viedenweg aus, daß das Gericht von weiterer Zeugenvernehmung Abstand nahm und die Angeklagten kostenlos freisprach. Pastor Viedenweg ist verheiratet. — Kommentar überflüssig.

Frau Venus und die Polizei. Nürnberg. Man macht bei uns Sittlichkeitsgesetze und setzt für deren Ausführung eine eigene Behörde, eine Sittlichkeitspolizei, ein. Nun will es aber das Mißgeschick sogar, daß sich die Unsittlichkeit, dem „Gesetz und Recht“ spottend, wie die Carmen von der Liebe singt, bis in die Polizeibureaus ihren Weg bahnt. In dem kühlen, nüchternen Polizeigebäude an der Weinstraße, erzählt der „Nürnbergischer Anzeiger“, aus welchem Jeder das Laster verbannt hielt, feierte Frau Venus jüngst einen Triumph. Durch Zufall kam man hinter die „Bärtlichkeiten“ der Subalternen mit den „Ofen-Nymfen“ und nahm letztere einzeln ins Verhör, was derart gründlich genommen wurde, daß etwa 12 Subalterne, darunter verheiratete, stark kompromittiert sind. Die intimen Bärtlichkeiten, welche in den Bureaus mit den „Ofen-Nymfen“ ausgetauscht wurden, haben nun ein noch im Gange befindliches disziplinarisches Einschreiten veranlaßt.

Kleine Chronik.

Die Weltausstellung in Chicago wird mit einer „Eiffelturm“-Aufsicht erregen, zumal der nach der „Eiffelturm“-genannte „Morrisonsturm“ den Eiffelturm weit überragen wird. Der Turm hat am Fuß eine Breite, die etwa $\frac{2}{5}$ der Höhe beträgt. Die erste Bühnenhöhe 67,1 Meter vom Erdboden, soll Wandelgänge, Wirtshäuser und verschiedene andere Aufenthaltsräume aufnehmen, welche, in großen dreistöckigen Gebäuden unter-

gebracht, schon hoch genug liegen, um einen Ueberblick über die gesammten Anlagen der Ausstellung zu bieten. Die zweite Bühne liegt 61 Meter über der ersten und soll nur Verkehrsräume enthalten. Die dritte Bühne, der eigentliche Aussichtsort, liegt noch 162,5 Meter höher, also 280,6 Meter über dem Erdboden und wird noch vom Leuchtturm und dem Flaggenstock um 50,3 Meter überragt. Die Spitze des Morionturmes liegt also 330,9 Meter über dem Erdboden, also mehr denn doppelt so hoch als die Kreuzblume des kölnischen Domes.

Ein Schläuer. Der italienische Graf v. R., der über die kirchlichen guten Werke seine besonderen Gedanken hat, besuchte kürzlich, wie italienische Blätter erzählen, den Gottesdienst. Nach Schluß der Predigt machte ein Priester mit einem Sammelsteller die Runde und bat für die im Fegefeuer befindlichen Seelen. Der Graf legte ein Goldstück auf den Teller. „Eine Seele ist aus dem Fegefeuer gerettet,“ sagte der Priester. Der Graf legte noch ein Goldstück hinzu. „Noch eine Seele ist dem Fegefeuer entrisen.“ — „Sind Sie dessen ganz sicher?“ fragte der Graf. „Ganz gewiß, gnädiger Herr!“ „Dann,“ sagte der Graf und nahm schnell die beiden Goldstücke zurück, „will ich mein Geld nur wieder an mich nehmen. Die Seelen sind ja nun einmal dem Fegefeuer entrisen und also außer Gefahr.“ Sprachs, steckte sein Geld in die Tasche und verließ den ihn bestürzt anstarrenden Priester.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

1206. Sitzung.

Die dritte Beratung des Etats für 1892/93 wird fortgesetzt beim Spezialetat der Marineverwaltung.

Hierzu liegt folgender Antrag der Abgg. Lingenß und Genossen vor: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß den Offizieren und Mannschaften des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine an Sonntagen nicht nur mögliche Ruhe verschafft, sondern auch Zeit gelassen werde, regelmäßig am Morgen-Gottesdienst teilzunehmen.

Antragsteller Abg. Lingenß begründet den Antrag. Generalleutnant v. Spitz: Die Forderung des Antragstellers bezieht sich ganz mit den Begehren, welche die preussische Heeresverwaltung bis jetzt unausgesprochen befragt hat. (Beifall im Centrum.) Die preussische Kirchenordnung gilt allerdings nicht für das Reich, also auch nicht für die Marine. Wo es irgendwo an der Seelsorge fehlt, wird stets Abhilfe geschaffen.

Staatssekretär Hollmann: Es wird in jeder Hinsicht an Bord wie auf den Schiffen dafür gesorgt, daß sowohl evangelischer, wie katholischer Gottesdienst abgehalten wird.

Die Resolution wird darauf unter Einschiebung der Worte, „soweit der Dienst es nicht verbietet“, von einer aus dem Centrum und den Konservativen bestehenden Mehrheit angenommen, das Ordinarium der Ausgaben bewilligt.

Zum Extra-Ordinarium beantragen die Abgg. v. Mantuffel, Graf Behr und von Bennigsen die Wiederherstellung der in zweiter Lesung gestrichenen Forderungen der ersten Rate von 2 Millionen für den Bau der Kreuzerflotte K.

Abg. von Mantuffel (Hf.): Ueber die Notwendigkeit des Baues der Korvette K ist nirgends ein Zweifel; es fragt sich nur, ob man schon in diesem Jahre mit dem Bau derselben vorgehen soll. Wir glauben nun, daß dies geschehen muß. Die Arbeiterverhältnisse liegen in diesem Jahre so ungünstig, daß wir überall für Arbeitsgelegenheit sorgen müssen, wo es uns irgend möglich ist. Die Arbeitsverhältnisse in Steyer liegen besonders schwierig, wie es ja in der zweiten Lesung ausführlich vom Reichskanzler dargelegt worden ist.

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Forderung mit 177 gegen 109 Stimmen verworfen. Für dieselbe stimmen die Deutschkonservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die Polen und die Antisemiten; dagegen die übrigen Parteien des Hauses; von der Wölben stimmen u. A. Johannsen und Prinz zu Carlsath mit der Mehrheit.

Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt die Streichung des für die Offiziere, Beamten und Unteroffiziere auf Helgoland als Feuerungszulage ausgeworfenen Betrages von 8600 Mark. Es ist eigentümlich auf Helgoland, daß man nicht recht weiß, was die Offiziere dort eigentlich zu tun haben, und die Offiziere selbst nicht zu wissen scheinen, wer die Seesoldaten zu beaufsichtigen hat und wer im Stande ist, dafür zu sorgen, daß solche Schlägereien, wie die am Sedanstage, wobei die auf Helgoland stationirte Matrosen-Artillerie harmlose Helgoländer, unter denen auch ich mich zufällig befand, überfiel, nicht vorkommen. Für die Offiziere werden Feuerungszulagen verlangt, während man den dort kurze Zeit beschäftigt gewesen deutschen Arbeitern eine solche nicht gewährt und an deren Stelle Italiener beim Fortifikationsbau eingestellt hat, weil sie billiger arbeiten. Ich bitte, daß die dortige Bauverwaltung mehr Rücksicht nimmt auf die Eingeborenen, namentlich die Ermittelbarkeit der Helgoländer immer mehr eingeschränkt wird.

Gch. Admiralitätsrat Borels: Die Marineverwaltung hat auf das Sorgfältigste die Preisverhältnisse auf Helgoland untersucht und dabei gefunden, daß wegen der Teuerung der Lebensmittel, des Brennmaterials u. s. w. eine Zulage für die dort stationirten Beamten und Offiziere nötig ist. Was die Beschäftigung von Arbeitern anbetrifft, so konstatire ich, daß zunächst nur Helgoländer dort beschäftigt wurden, dann aber Fremde, weil die Helgoländer nicht ausreichten und auch nicht für alle Fortifikation geeignet waren. Wegen

Lieferung von Lebensmitteln und Aufstellung einer Baracke für die Arbeiter sind ebenfalls mit Helgoländer Kaufleuten Verträge abgeschlossen worden. An Entschädigungen für Landaustragung sind den Bewohnern 30000 Mark gezahlt.

Abg. Stadthagen: Wenn das Reich den Einzelnen Privatgutentum nimmt, ist es selbstverständlich, daß sie entschädigt werden müssen; diese Summe kommt also hier gar nicht in Betracht. Der ganze Teil der Insel, der früher als Kartoffelland benutzt wurde, ist durch die Fortifikation unterminirt, und da ist dann endlich nach heftigem Sträuben der Marine-Verwaltung etwas gezahlt worden. Aber die Helgoländer sind mit dieser geringen Entschädigung durchaus nicht zufrieden. An Stelle der Helgoländer Arbeiter hat der dortige Bauunternehmer etwa 20 Italiener sich kommen lassen, und auch die Hamburger Arbeiter sind wieder zurückgeschickt worden; den Helgoländern hat man zwar etwas Arbeit gelassen, nämlich das Anfräen, man kann sich aber nicht wundern, daß sie damit nicht zufrieden sind. Ueberhaupt sind sie durchaus nicht sehr erfreut über ihr sogenanntes neues Vaterland, wie man ja bei der Gedächtnisfeier und beim Sedanrummel gesehen hat, woran sich außer der Gemeindevertretung kein Eingeborener beteiligt hat. Der Ueberfall auf harmlose Helgoländer seitens der Marinesoldaten, gegen welche jetzt wegen Verstoßes gegen die gerichtliche Eingekerkertung wird, trägt auch nicht gerade dazu bei, Liebe für Deutschland zu erwecken.

Staatssekretär Hollmann: Ich bin bei der Feier am 10. August v. J. selbst zugegen gewesen und habe den Eindruck gehabt, daß die Beteiligung eine sehr rege war. Was den sogenannten Ueberfall beim Sedanrummel anbetrifft, so kann ich, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, genaue Auskunft darüber nicht geben, will aber Folgendes konstatiren. Auf Helgoland liegt ein Detachement Matrosenartillerie, ein Teil derselben, etwa drei oder vier Mann, besand sich an jenem Tage in einem Vergnügungslokale und wurde von einer Dame mit Bier traktirt. Sie folgten der Dame in ein anderes Lokal, wo sich unter vielen Helgoländern auch der Abg. Stadthagen befand, der dort unparteiische und aufrührerische Gespräche führte. Die Soldaten mischten sich in das Gespräch, es kam zu Reibereien, bei welchen zunächst die Matrosenartilleristen in großer Minderheit waren. Als es zur Schlägerei kam, holten sie sich andere Matrosen herbei, und diese beteiligten sich ebenfalls daran. Von einem Ueberfall ist also gar nicht die Rede. Die Helgoländer haben dann freilich bei dieser Gelegenheit den Kürzeren gezogen. Was nun die Frage der Arbeiter anbetrifft, so hat die Marineverwaltung damit nichts zu schaffen; sie hat die ganzen Fortifikationsarbeiten einem Unternehmer übertragen, und dieser hat Arbeiter vom Festlande und auch aus Italien sich kommen lassen, weil letztere sich besonders für die Sprengarbeiten, die dort vorzunehmen werden, eignen. Auch an anderen Stellen in Deutschland werden dazu vielfach Italiener verwendet.

Abg. Stadthagen: Es sind dort 25 Arbeiter im Sommer beschäftigt gewesen, Helgoland hat über 2000 Einwohner, es wäre also wol nicht schwer gewesen, aus dieser Zahl 25 geeignete Arbeiter auszuwählen; wenn aber nicht, so hätte man sie wol in Deutschland finden können. Statt dessen sind 25 deutsche Arbeiter aus Hamburg wieder zurückgeschickt worden, weil sie zu teuer waren; eine Feuerungszulage brauchte man den Italienern freilich nicht zu geben. Was das Fest anbetrifft, so bin ich selbst zu der Zeit auf Helgoland gewesen. Ich unterhalte mich mit etwa 200 mir persönlich bekannten Helgoländern unten am Strande, während oben der Staatssekretär mit der meist aus Bad-gästen bestehenden Gesellschaft die Feier der Denksteine-Erriistung abhielt. Ich habe also nicht Unrecht, wenn ich behaupte, daß die Helgoländer sich der Feier ferngehalten haben, die Helgoländerinnen mögen sich ja oben die Uniformen angesehen haben. (Heiterkeit.) Die Schlägerei der Schlägerei, welche der Staatssekretär gab, beruht auch nicht ganz auf Richtigkeit. Ich ein damals selbst darin verwickelt worden und habe dabei eine mehrere Zentimeter lange Wunde durch ein Stuhlbein davongetragen, als ich eine Helgoländerin vor den Soldaten schützen wollte. Der dortige Arzt versicherte mir, daß bisher auf Helgoland Stuhlbeine als Waffen nicht gebraucht worden wären, sondern, daß erst die deutschen Matrosen diese Sätze eingeführt hätten. Es sollen dort aufrührerische, unparteiische Reden gehalten worden sein, als die Matrosen in das Lokal gingen, aus welchem sie der Wirt acht Tage vorher hinausgewiesen hatte. (Hört, hört!) Vorher haben aber die Matrosen erklärt: „Heute Abend sollen die Helgoländer noch Blut sehen!“ (Hört, hört!) Die Schlägerei kann also nicht die Wirkung der angeblichen unparteiischen Reden der Helgoländer gewesen sein. Die Soldaten, welche von einer Dame mit Bier traktirt worden waren, folgten derselben, als sie in das Lokal kam, wo wir uns befanden. Die Soldaten gingen an zu skandalösen, holten sich noch Suffrus und hieben dann auf die wehrlosen Männer und Frauen ein. Zu den Feuerungszulagen will ich noch bemerken, daß, wenn solche den Offizieren u. s. w. bewilligt werden, wir auch für die dort beschäftigten Arbeiter eine Zulage beantragen, widrigenfalls wir die Postitionen ablehnen werden.

Der Antrag wird abgelehnt, die Summe und der Rest des Marine-Stats unverändert bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichs-Justizverwaltung, bei welchem die Abstimmung über die Resolution v. Bar und Genossen, betreffend die Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffs der Auslieferung von Personen an auswärtige Regierungen, die Ablehnung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und der Mehrheit der Nationalliberalen ergibt.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit) bringt den Fall Paasch zur Sprache. Es sei Pflicht, über diesen Fall deutlich zu sprechen. Der Laibstand dieses Falles habe vor einigen Tagen die dritte Strafkammer des Landgerichts Berlin I beschäftigt und sei folgender. (Vizepräsident Graf Ballestrem erklärt die Angelegenheit für eine Landes-Justizsache, die nicht in der Reichstag gehöre.) Das Gericht habe erklärt, die Reichs-Justiz sei die Instanz für die Angelegenheit. Es handle sich darum, daß die Sache unter allen Umständen das Reichsgericht beschäftigen müsse. Das müsse nachgewiesen werden, weil die öffentliche Meinung beunruhigt sei. (Vizepräsident Graf Ballestrem erklärt zu wiederholt, daß diese Sache nicht hierher gehört.) Der Paasch

habe seine Lebensaufgabe darin gesehen, in China Eisenbahnen zu bauen. (Vizepräsident Graf Ballestrem ruft den Redner zum ersten Mal zur Sache.) Redner bricht danach seine Ausführungen ab.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich möchte die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf einige Verschiedenheiten der Rechtsprechung in verschiedenen Teilen Deutschlands lenken. (Vizepräsident Graf Ballestrem: Da es nicht Aufgabe des Staatssekretärs ist, Einfluss auf die Gerichte zu üben, und diese unabhängig sind, so haben solche Ausführungen mit dem Staatssekretär und seinem Gehalte nichts zu tun.) Der Staatssekretär hat die Aufgabe, die Gesetzgebung dahin zu revidiren, daß in Zukunft ein einheitliches Recht in Deutschland herrscht. (Vizepräsident Graf Ballestrem: Ich werde sehen, ob der Redner sich an die Etatsposition hält, sonst werde ich ihn nicht weiter fortfahren lassen.) In Preußen wird derjenige wegen Kuppelei bestraft, welcher an Prostituirte aus Eigennutz eine Wohnung vermietet. Verschiedene Bundesstaaten, vor allem Hamburg, hielten sich hartnäckig auf den entgegengelegten Standpunkt. (Vizepräsident Graf Ballestrem: Vorredners mit dem Gehalt des Staatssekretärs des Reichsjustizamts in Zusammenhang stehen.) Wenn es nicht Aufgabe des Staatssekretärs ist, für Einheitlichkeit des Rechts im Deutschen Reich zu sorgen, dann haben wir auch keine Veranlassung, das Gehalt desselben zu bewilligen.

Das Gehalt wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats der Reichs-Justiz-Verwaltung, desgleichen die Etat des Reichs-Schatzamt, des Reichs-Eisenbahnamt, der Reichsschuld, des Rechnungshofes, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichs-Invalidenfonds.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern erfolgt die Abstimmung über den Antrag Menzer auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach der Zoll für Tabakblätter und Stengel von 85 auf 125 Mark erhöht werden soll.

Abg. Rimpau berichtet namens der Petitionskommission über die für und gegen den Antrag Menzer eingegangenen Petitionen. Es sind 36 dagegen, nur 2 dafür eingegangene. Die Kommission beantragt die Petitionen durch die Beschlußfassung über den Antrag Menzer für erledigt zu erklären. Für den Fall der Annahme des Antrages Menzer haben die Abgg. Hülsh. Grumbt und Wierbach beantragt eine Vorlage betreffend die entsprechende Erhöhung der Zollsätze für fabrizirten Tabak von den verbündeten Regierungen zu fordern.

Der Antrag Menzer wird in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmt die Mehrheit der Deutsch-Konservativen, die Minderheit der Reichspartei, des Centrum, sowie vereinzelte Nationalliberalen.

Der Etat der Verbrauchssteuern und Reichsstempelgaben wird unverändert bewilligt.

Zum Etat der Post- und Telegraf-Verwaltung liegt vor der Antrag des Grafen Kanitz, den Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen dahin zu treffen, daß den Ortskrankenkassen gestattet werde, bei Führung ihrer Korrespondenz die Aufschrift „Postpflichtige Dienstfache“ in Anwendung zu bringen und der Antrag Reichensperger, die Forderung von 771 499 Mk. für ein Dienstgebäude in Dortmund an die Budgetkommission zurück zu verweisen, um die Frage der Ermäßigung dieses Betrages nochmals zu prüfen.

Direktor des Reichspostamts Fischer bemerkt, daß der Antrag nicht allein zur Kompetenz der Reichspostverwaltung gehöre, der innere Postverkehr von Bayern und Württemberg aber dem Reichspostamt nicht unterstehe. Bisher sei den Vorständen der Ortskrankenkassen der Charakter einer Behörde nicht beigelegt worden und könne deswegen die betreffende Vergünstigung auch im Gebiete der Reichs-Postverwaltungen nicht gewährt werden.

Der Antrag Graf Kanitz wird abgelehnt.

Den Antrag Reichensperger beantragt der Antragsteller bei der Geschäftslage des Hauses für dieses Jahr vollständig abzusehen, damit eine nochmalige Prüfung der Sache bis zum nächsten Etat statifinden könne. Jedenfalls sei die Frage der Verlegung der Ober-Postdirektion von Arnberg nach Dortmund noch nicht spruchreif.

Direktor Fischer führt nochmals alle Gründe an, welche für die eilige Inangriffnahme des Baues in Dortmund sprechen. Nicht nur die Verlegung des Sitzes der Ober-Postdirektion spreche hier mit, sondern auch die Schwierigkeit, für den stetig wachsenden Geschäftskreis der Post- und Telegrafensowie des Fernsprech-Amtes genügende Räume zu schaffen.

Abg. Möller spricht sich für die unveränderte Bewilligung aus.

Der Antrag wird nach weiterer Debatte abgelehnt, der Etat der Postverwaltung bewilligt, ebenso der Rest des Etats, das Etatsgefch und das Anleihegefch. Der Etat balanzirt in Einnahmen und Ausgaben mit 1 207 583 565 Mk.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. März 1892.

Ein Rückblick. Die Würfel sind gefallen, der Volks-schulgesetzentwurf ist zurückgezogen und Reblitz gegangen, darob herrscht auch im Lager der liberalen Parteien Breslaus große Freude. Gönnen wir sie ihnen, sie wird nicht von langer Dauer sein. Wer da glaubt, das Centrum würde den sich jetzt abspielenden Dingen mit gefalteten Händen ruhig zusehen, würde ohne jede Gegenleistung die Vorlage auf die Wiederkehr der Jesuiten in Deutschland preisgeben, würde 10 Millionen für den Bau einer evangelischen Kirche bewilligen, der kennt das Centrum noch nicht, der weiß nicht, wie läge diese Leute sind und welche Manipulationen innerhalb dieser Partei angewandt worden, um doch das einmal vorgesteckte Ziel zu erreichen. Nur der Zusammenbruch des stolzen Turmes, die Abbröckelung des Centrum wird sie an der Ausföhrung ihres wol angelegten Planes hindern können. Der Sturz aus ihrer Höhe wird der Sozialdemokratie vorbehalten bleiben, der Liberalismus ist zu ohnmächtig dazu, wenn er auch jetzt einen scheinbaren Sieg über das Centrum behaupten kann. Wie die Regierung ihren alten Kurs weiter streuert, zeigt sich am besten an einer vom Finanz-

minister Miquel eingebrachten Gesetzes-Vorlage betreffend die Entschädigung der Reichsunmittelbaren. Zwei Millionen siebenhunderttausend Mark sind ausgeworfen für 13 fürstliche und gräfliche Standesherrn als der 13/16 fache Steuer-Erfah. Damit sind aber nur zwei dieser „Herren“ zufrieden, die übrigen verlangen den zwanzig, resp. fünfundsanzigfachen Steuer-Erfah. Das Reichsgericht hat zwar das Privilegium dieser vielfachen Millionäre auf Steuerbefreiung bestritten, aber trotzdem sollen dieselben eine Entschädigung erhalten. Und wie werden sich diese Hochadeln der Nation dafür erkenntlich zeigen? Sie werden ganz gemüthlich die Hunderttausende einstreichen und dann sich in irgend einem andern Bundesstaat häuslich niederlassen. Der preussische Staat hat dann das Nachsehen, das arme Volk hat aber Kapital und Zinsen aufzubringen. In unserem lieben Breslau hat man vollauf Gelegenheit, die verschiedenen Parteigruppen auf ihre gegenseitige Ab- und Zuneigung zu studiren. Heute sind Freisinn und Ultramontane ein Herz und ein Sinn, morgen möchten sie sich zerfleischen, und in der Presse überbieten sie sich in Schmeicheleien oder Anfechtungen, je nachdem das Regierungsbüro für die eine oder andere Partei günstig oder ungünstig zeigt. Die konservative Partei, deren Organ die „Schlesische Zeitung“ ist, zeigt seit neuester Zeit ein bedenkliches Schwanken, sie will es mit keiner Partei verderben angesehen der drohenden Gefahr, welche den Häuptern der Parteien von der Sozialdemokratie droht. Und so Unrecht hat ja die Zeitung nicht. Der hiesige freisinnige Wahlverein hat in den letzten Tagen viel von sich reden gemacht, durch Versammlungen, Petitionen und last not least (zuletzt, aber nicht an letzter Stelle) durch den großen Volksthat-Kommers, welcher vorigen Sonnabend in den Räumen des Konzert-Hauses stattfand. Wie einen Held hat man ihn gefeiert; Herr Stadtrat Becker wußte nicht genug zu rühmen an dem Kunstkritiker, Publizisten, Stadtverordneten und Reichstags-Abgeordneten. Ihm folgten noch eine Anzahl von Rednern, die alle die großen Taten des „Freiheitskämpfers“ rühmten und Duzende von Loosen ausbrachten. Den größten Triumph feierte ein eigens zu dem Kommers aus Oels importirter Redner, welcher unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden den Kämpfer für „Freiheit und Recht“ auf den Schild erhob und ihn zum Ruhme der Nachwelt zum Ritter schlug. „Jung-Siegfried, der Drachentöter lebe hoch!“ und brausende Hochrufe unter endlosem Jubel widerhallten im Saal. Selbstredend durfte auch sein heroisches Weib, Kriemhilde, nicht vergessen werden. In Herrn Rechts-Anwalt Heißberg erstand ihr ein Herold, er drückte ihr in unvergänglichem Worten den Lorbeerkranz aufs Haupt. Auch ein Arbeiter ließ sich vom Vorstandstisch aus bei der Feier vernehmen; er brachte ein Hoch aus auf den deutsch-freisinnigen Maschinenverein und stellte mit, daß hierorts von Arbeitern ein Unterstützungs-Verein gegründet worden sei, aber nicht unter roter Fahne, sondern unter der Fahne der Freisinnigen. — Von den musikalischen und deklamatorischen Vorträgen, hat nur der meisterhafte Vortrag eines Freitragthischen Gedichtes untern Beifall gehabt. — „Jung-Siegfried“ wird nun auf feurigem Roß, mit Schild und Waffen in Berlin einziehen, und dann — wehe Euch! Ihr Berliner Genossen, wenn er als Satrape des großen „Eugen“ gegen Euch loszieht! Wer wird aber in Breslau seine Erbschaft antreten? Wem wollt ihr Freisinnigen die Führerschaft überlassen? Nun, Euer Ehlers hat bereits sein Probestück gemacht und glänzend bestanden. Er ist mutig für die Börse und Börsianer eingestanden und das büßte Euch doch genügen. Zum Schluß wollen wir der Komensfeier gedenken, die von den Volksschullehrern aller Konfessionen am 28. März begangen worden ist. Der hiesigen „Volkzeitung“ scheint diese Feier des großen Pädagogen ein Greuel zu sein; würde das Volksschulgesetz nicht gefallen sein. So hätte die Feier für die Lehrer noch ein Nachspiel haben können.

Von der Straßenbahn. Infolge der heute in Angriff genommenen Röhrenlegungsarbeiten auf der Ohlauerstraße zwischen dem Ringe und der Schuhbrücke sind an dieser Stelle die Linien der Straßenbahn Böhlowitz-Ohlauer-Torbarriere und Depot auf der Friedrich-Wilhelmstraße-Zentralbahnhof unterbrochen, so daß ein Umsteigen der Passagiere erforderlich ist. Erhebliche Verkehrsverzögerungen werden hierdurch nicht bedingt.

Terrain-Erwerb. Bekanntlich hat die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, das vom Magistrat für die Errichtung einer Markthalle mit Nebenanlagen zum Umschlagverkehr in Aussicht genommene Terrain an der Niedergasse, Weisenburger- und Wörtherstraße unter Vorbehalt seiner Verwendung für 480 000 Mk. anzukaufen. Unter diesen veränderten Verhältnissen hat diese Angelegenheit nochmals dem Magistrat zur Beschlusfassung vorgelegen. Derselbe hat nun in seiner letzten Sitzung am Montag beschlossen, dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung auf Ankauf des fraglichen Terrains ohne Zweckbestimmung beizutreten.

Für Vormünder. Mit Rücksicht auf die im Laufe des Monats April jeden Jahres stattfindenden Revisionen der Mündel durch die Waisenträte machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß die Vormünder die bisher noch unterlassenen Anzeigen über Aufenthaltsveränderungen ihrer Mündel an die betreffenden Waisenträte schleunigst zu erstatten haben.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 20. März bis 26. März fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 54 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 252 Kinder geboren, davon waren 213 ehelich, 39 unehelich, 242 lebendgeboren (134 männlich, 108 weiblich), 10 totgeboren (6 männlich, 4 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (exkl. Totgeborene) betrug 135 (mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den

Gestorbenen standen im Alter von 0—1 Jahr 49 (darunter 14 unehelich Geborene), von 1—5 Jahren 15, über 80 Jahre 3. — Es starben an Scharlach 1, an Masern und Röteln —, an Rose 1, an Diphtheritis und Croup 5, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten —, an Unterleibstypus incl. Nervenfieber 1, an akutem Gelenkrheumatismus —, an Brechdurchfall —, an anderen akuten Darmkrankheiten 11, an anderen Infektionskrankheiten 3, an Gehirnschlag 4, an Krämpfen 15, an anderen Krankheiten des Gehirns 14, an Lungenschwindsucht 13, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 12, an anderen akuten Krankheiten der Atmungsorgane 5, an anderen Krankheiten der Atmungsorgane 8, an allen übrigen Krankheiten 36, in Folge von Verunglückung —, in Folge von Selbstmord 4, in 2 Fällen war die Ursache unbekannt. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen Gestorbene in der Berichtswoche 20,63, in der betreffenden Woche des Vorjahres 30,66, in der Vorwoche 25,97.

Polizeilich gemeldete Infektionskrankheiten. In der Woche vom 20. März bis 26. März wurden 32 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an morb. Boden 1, Diphtheritis 12, an Unterleibstypus 3, an Rückfallfieber —, an Scharlach 15, an Masern 1, an Ruhr —, an Wochenbettfieber —.

Vom Stadtgraben. Nachdem die Eisdecke des Stadtgrabens infolge warmer Witterung vom letzten Sonnabend und Sonntag fast ganz geschmolzen war, konnte am Montag mit der Errichtung der Brutstätten für die Schwimmsvögel auf demselben begonnen werden, so daß am gestrigen Tage die Verteilung derselben in die betreffenden Abteilungen erfolgen konnte. Mit Beginn dieser Woche wurden auch die seit 3 Monaten ruhenden Arbeiten am Verlängerungsanal am Bauplatz für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal wieder aufgenommen und zwar mit der Ausschachtung der Baugrube, zu welcher im vorigen Herbst bereits die Spundwände eingerammt worden waren. Zur Bekämpfung des eindringenden Grundwassers bedient man sich eines Dampfpumpwerkes.

Verirrtes Kind. Am 28. d. Mts., Nachmittags, wurde auf dem Lessingplatz ein dreijähriges Mädchen, welches auf den Namen Emma hört, aufsichtslos angetroffen und von einer Frau Bergmann, am Brigittenthal 1a wohnhaft, in Pflege genommen. Das Kind hat blondes Haar, trägt graues Kleid, rot- und blaugestreifte Schürze, blaue Strümpfe und Knopfschuhe.

Unterschlagung. Am 27. März ist der Wehlagent Ignaz Stern aus Plessburg nach einer Unterschlagung von über 21 000 Fl. flüchtig geworden. St. ist klein, stark gebaut, hat dunkelblondes Haar und lichtbraunen Schnurbart. Die Kleidung bestand zuletzt aus langem, dunkelbraunem Ueberzieher, dunkler Kleidung und steifem, schwarzem Filzhut. St. spricht vollkommen deutsch und führt etne Handtasche bei sich. Auf seine Ermittlung ist eine Belohnung von 200 Fl. ausgesetzt. Zweckdienliche Angaben sind im Zimmer 5 des Polizeipräsidiums zu machen.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 29. d. Mts. 43 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: einem Lokomotivführer auf der Vaterloosstraße ein Portemonnaie mit 11 Mark Inhalt; einer Handelsfrau auf der Gerbergasse 100 Apfelsinen, 2 Körbe Äpfel und 4 Liter Honig. — Abhanden kamen: einem Herrn auf der Ohlauerstraße eine goldene Kravattennadel; eine goldene Brosche; einem Maurer auf der Auenstraße 1 silberne Remontoiruhr.

Breslauer Marktpreise vom 30. März per 100 Kilogr.

| | gute | | mittlere | | geringe Waar | |
|----------------------|---------------|-------|---------------|-------|---------------|-------|
| | höchst niedr. | M. | höchst niedr. | M. | höchst niedr. | M. |
| Weizen, weißer . . . | 21,90 | 21,60 | 20,80 | 20,30 | 18,90 | 17,90 |
| Weizen, gelber . . . | 21,80 | 21,50 | 20,80 | 20,30 | 18,90 | 17,90 |
| Roggen | 21,70 | 21,30 | 20,60 | 20,30 | 19,30 | 19,10 |
| Gerste | 17,90 | 17,20 | 16,20 | 15,70 | 14,70 | 14,40 |
| Hafer | 14,70 | 14,20 | 13,90 | 13,40 | 12,90 | 12,40 |
| Erbsen | 21,— | 20,30 | 19,50 | 19,— | 18,— | 17,50 |

Heu (neues) 2,50—2,80 Mk. pro 50 Kilogramm.
 Roggenstroh 25,00—28,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Schlesien.

Hirschberg, 29. März. Der hiesige bekannte sozialisten-fresserische und „frei“-sinnige „Vote“ aus dem Piesen-gebirge, bringt über die am Sonntag in der „Kaiserhalle“ stattgefundene Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins einen Artikel, der, was die Verdrehung der Tatsachen anbelangt, sich den bisherigen „Weißes“-Erzeugnissen dieses Räteblätters ebenbürtig anschließt. Der Vortrag des Genossen Thiel wurde, wie bereits im Berichte mitgeteilt ist, mit allgemeinem, lebhaftem Beifall aufgenommen und ist deshalb die häßliche Beurteilung dieses Vortrages seitens des „Vote“ ganz und gar nicht beachtenswert. Das Urteil der 250 Anwesenden ist hier maßgebender als das Urteil eines 90-jährigen,

mithin alterthümlichen Greises. Da es diesem alten „Vote“ an tauschlichen Widerlegungen mangelt, so nimmt er seine Zuflucht zu ganz nebensächlichen Dingen, um seine Unfähigkeit auf der vaterlandsbetreuenden Tat in besonders hellem Lichte erscheinen zu lassen. Das was Genosse Thiel über die Freiheitsschule nach den Ausführungen des freisinnigen Redakteurs Herrn Dürholt erwiderte, bestätigt der „Vote“ unfehlwilligerweise zum Teil in dem bereits erwähnten Artikel, indem er einige Bestimmungen aus dem General-Vand-Schul-Reglement vom 12. August 1768 citirt, in welchem es heißt, „daß man Knaben und Mädchen nur so lange zur Schule halten solle, bis sie nicht nur das Nützlichste vom Christentum gefasset haben und fertig lesen und schreiben, sondern auch von demjenigen Rede und Antwort geben können, was ihnen nach den von Unseren Konfessoren verordneten und approbirten Lehrbüchern beigebracht werden soll.“ Was anderes aber erwiderte Genosse Thiel dem bezeichneten Herrn Dürholt, wenn er meinte, daß in der Freiheitsschule dem Ideal der Liberalen, außer Religion nur Lesen und Schreiben nichts weiter gelehrt wurde und dieses wenig Lesen und Schreiben war auch noch von der Religion beeinflusst. Wahrhaft köstlich ist die „sittliche“ Entrüstung dieses alterthümlichen Geisteslämpers und Sozialistenfressers, über etliche Aeußerungen unseres Genossen Thiel, die übrigens total entstellt erscheinen, da sie aus dem Zusammenhange gerissen sind. Dieser „sittlichen“ Entrüstung wollen wir auch die tatsächlichen Umstände aufschreiben, die nur zur Genüge beweisen, mit welcher sauberen Geisteswaffen dieser „Vote“ gegen die Sozialdemokratie kämpft. Bescheidend ist des Weiteren in diesem Artikel die Art und Weise, in welcher der Redakteur Herr Dürholt in selbstbeweisfährlicher Weise seine angebliehen Widerlegungen verberzlicht. In unserem Bericht wurde bereits gesagt, daß die ganzen Ausführungen, soweit sie eigentlich Widerlegungen sein sollten, zu sehr mit „Wenn“ und „Aber“ gewürzt waren, ohne jedoch einen besseren Ausweg zur Beseitigung unserer heutigen miserablen Zustände anzugeben. Daß der „Vote“ das ihm geistesaleiche Mittelstück des Gewerkevereins aus Darmbrunn in Schutz nimmt, ist ja ganz natürlich, aber den 250 Anwesenden zuzumuten, die konfusem Ausführungen dieses Herrn noch länger mit Geduld zuzuhören, ist stark. Der Vorfisende tat nicht mehr wie recht, wenn er diesem konfusen Geschwätz durch Entziehung des Wortes ein Ende machte. Freilich wird bei uns Jedem gewährt, daß Herr Dürholt auch erfahren, dem doch das Wort während seiner einhalbstündigen Ausführungen nicht entzogen wurde. Aus diesem Vorfall aber gleich Kombinationen auf die „Freiheit“ des sozialdemokratischen „Zukunftstaates“ zu machen, dazu ist eben nur der „Vote“ fähig. Herr! verateh ihm, denn er scheint nicht zu wissen, was er schreibt. Ein Meißersüß von Verdrehung ist aber der Schluss des Artikels. Wen es nicht juckt, der frage sich nicht, dieses Sprichwort schien auch hier sich bewahrheitet zu haben, denn den größten Lärm bei Auflösung der Versammlung verursachte doch unweifelhaft der Redakteur Dürholt, auf dessen Gebrüll hin erst die Versammlung aufgelöst wurde, obwohl der Polizeidirektor Sagawe den Referenten zunächst verboten hatte, derartige scharfe Ausdrücke noch weiter zu gebrauchen. Eine Lüge ist es, wenn der „Vote“ behauptet, daß Thiel seine Behauptungen nicht beweisen konnte und daß sich die Aufregung der Versammlung dieserhalb zu einer solchen Höhe steigerte, daß sie aufgelöst werden mußte. Eine schöne Wahrheitsliebe und Objektivität des, wahrhaftig, ganz des „Vote“ würdig. Konstatirt sei hier nur, daß Redakteur Dürholt in echter Freisinnigkeit bemüht war, mit allen Kräften einen Krampf zu provoziren. Er raste im Saale herum, wobei sich der im Bericht bereits mitgeteilte Vorfall abspielte, der diesem Selben wol eine Anklage wegen öffentlicher Beleidigung und Beschimpfung zuziehen wird. Nur durch die Besonnenheit der Genossen, die hoch dieser Provokationen sich um diesen Helden nicht weiter kümmerten und, obwohl in leichtbepreißlichem Grimm, doch anständig den Saal verließen. Diese provokatorische Handlungsweise des Redakteurs Dürholt sei hiermit niedriger geknüpft, um ihm dadurch die verdiente Hochachtung und Anerkennung zu erkennen zu geben. — Gegen die ungerechte Auflösung der Versammlung ist bereits Beschwerde erhoben worden und werden wir den Erfolg seinerzeit den Genossen bekannt geben. Hoffentlich hat sie den erwünschten Erfolg und lehrt es dann unserer schneidigen Polizei, in Zukunft bei Auflösung von Versammlungen etwas weniger „plöthlich“ zu sein.

Grünberg. Man schreibt uns: Recht heitere Zustände scheinen hier in der Tuchfabrik des Herrn Janke zu herrschen. Die Weber in genanntem Geschäft sind nämlich schon seit geraumer Zeit so wenig beschäftigt, daß viele kaum die halbe Zeit arbeiten können. Es ist häufig vorgekommen, daß Leute Sonnabends ohne Geld nach Hause gehen mußten, da an angefangene Stücke kein Voranschlag bezahlt wird und dies manchem 2 auch 3 Wochen hintereinander passiert. Anstatt nun den Leuten einen halben Tag frei zu geben, darf sich keiner bei Strafe aus der Fabrik entfernen. Doch wol nur deshalb, um beim Publikum den Glauben zu erwecken, daß die Fabrik im vollen Gange sei. Um sich diesen gefährlichen Zuständen zu entziehen, wollte kürzlich ein Arbeiter ohne Kündigung die Arbeit verlassen, wozu er ja in diesem Fall, da die Weberei stillstand, vollkündig berechtigt war. Nichtsdestoweniger wurde ihm die Herausgabe seiner Reattimationen (Invalidentarte u. s. w.) verweigert und mußte er den Rechtsweg beschreiten. Es wurde zu seinen Gunsten entschieden. — Dieser Fall beweist wieder, daß die Notwendigkeit der gewerblichen Schiedsgerichte. In der Arbeiter nun noch seine Sieben-Sachen in der Fabrik holen wollte, wurde er in das Privatzimmer des Herrn Direktor Brandt geschickt, wo er von diesem mit den größten Schimpfwörtern belegt wurde, als da sind: „Frecher Kerl“, „Subenbengel“ u. s. w. Der betreffende Arbeiter ist nämlich Israelit und scheint demnach Herr Brandt unter Antikemiten gegangen zu sein. Die Absicht dieses Herrn scheint augenfällig zu sein, den Arbeiter derart zu reizen, daß er sich zu Tätlichkeiten hätte hinreißen lassen. Glücklicher Weise wurde dieses Vorhaben durch die Besonnenheit des Arbeiters vereitelt. Wir können daher allen Anwesenden in bemächtigten Geschäften nur raten, im Verkehr mit Herrn Brandt die größte Vorsicht zu beobachten, da aus Obigem zu ersehen was man von ihm zu gewärtigen hat. — Die am Sonntag stattgehabte Versammlung des Arbeitervereins war gut be-

sch. Genosse Stolpe hielt einen Vortrag über die Frage: „Ist die Sozialdemokratie kulturfeindlich?“ Derselbe wurde mit Beifall aufgenommen. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 10. April statt und zwar als die statutarische Generalversammlung. Die Tagesordnung bilden: Kasfenbericht, Vorstandswahl, Malfeier. Versammlungsort ist diesmal auf „Waltersberg“.

Strehlen. Wie bekannt, fand am 21. März hier selbst eine antisemitische Versammlung statt, in welcher der Geparapostel Dr. Danneil referierte. Der Saal des Danke'schen Hotels war dicht gefüllt, und gehörte ein großer Teil der Besucher der sozialdemokratischen Partei an, obgleich man durch das hohe Entree von 30 bzw. 50 Pf. dieselben fernzuhalten trachtete. Nachdem die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet war, meldete sich Genosse W. zur Geschäftsordnung, worauf er zur Antwort bekam, daß es eine Geschäftsordnung nicht gäbe, und man sich erst nach dem Vortrage zum Wort melden dürste. Trotzdem machte unser Genosse nochmals den Versuch, das Wort zu erhalten, aber alle Mühe war vergebens, auch machten sich hierbei ein paar ganz neugebackene Judenfresser bemerkbar, indem sie schrien: „Schmeißt ihn raus!“ Hierauf erhielt Dr. Danneil das Wort zu seinem etwa 2 Stunden langen Vortrage, welcher eine nähere Beschreibung wegen seiner Bekanntheit wol nicht erforderlich macht. Nach Beendigung desselben meldete sich Genosse Schmidt-Breslau zum Wort. In diesem hatte man aber sofort einen stürmischen Gegner erkannt, und fürchteten die Herren Judenfresser, zu unterliegen. Doch Not macht erfindertisch, so auch hier, man griff schnell zu dem allbewährten Mittel, die Redezeit zu beschränken. Als unser Genosse dagegen protestierte, entstand ein solcher Lärm, daß nun diejenigen, welche während des so ewig langen Gelabers, pardon: Vortrages eingeschlafen waren, erwachten und unwillkürlich mitbrüllten. Alle Versuche, die Ruhe wieder herzustellen, waren ohne Erfolg, im Gegenteil, unsere Ordnungsmänner machten einen solchen Tumult, daß der überwachende Beamte die Versammlung als aufgelöst erklärte. Nun erscholl aus mehr denn hundert Kehlen die Arbeiter-Marseillaise, worüber unsere Gegner nochmals in Wut gerieten und sofort: „Heil Dir im Siegertranz“, ein anderer Teil: „Deutschland, Deutschland über alles“, anstimmten. Zu bewundern ist nur, daß gerade ein großer Teil der Freisinnigen sich bei diesem Stauau hervorgetan hat, indem dieselben wie auf Kommando brüllten. Hoffentlich aber haben sich Alle ein Beispiel an den Arbeitern genommen, um zu wissen, wie man sich während eines Vortrages zu benehmen hat.

Reiße. Aus der letzten Stadtverordnetenversammlung. Eine sehr pikante Debatte entspann sich um die Bewilligung der Gehälter für Neuanstellung eines Polizeibeamten und zweier Nachtwächter. Infolge der provinziellbekannten skandalösen Vorgänge in Reiße hat die Regierung zu Oppeln dem Magistrat nahegelegt, für eine größere Sicherheit auf dem Neffedamme und in der Umgebung der Kriegsschule Sorge zu tragen. Magistrat beantragt, um diesem Wunsche nachzukommen, die Neuanstellung der erwähnten Sicherheitsbeamten, zumal, wie der Bürgermeister selbst zugab, der ganze in Betracht kommende Bezirk (Breslauer Neißebücke, Priesterhaus, Neißedamm und Kriegsschule) ohne Nachtwachtbeamte ist. Man hätte nun denken sollen, daß dieser Antrag, der dem in jener Gegend herrschenden nächtlichen Treiben leichtschwerer Elemente Einhalt zu tun geeignet erscheint, einstimmig zur Annahme gelangt wäre. Gerade das Gegenteil war aber der Fall. Stadtv. Reiße führte nämlich hierzu aus, daß die Regierung, wie es in der bezüglichen Vorlage heißt, nur deshalb zum Einschreiten sich veranlaßt gesehen habe, weil gewisse Vorkommnisse in der Presse erörtert worden seien. Diese Äußerung nötigte ihn zu der Bemerkung, daß die Reiße'schen Blätter die Angelegenheit nicht erörtert hätten, (Schlamm genug! D. R.) das sei in auswärtigen Blättern geschehen, welche berufen zu sein scheinen, die Stadt Reiße nach außen zu diskreditieren, denen aber der Mund verstopft sei, seitdem „gewisse Dinge“ in Breslau und in Oberschlesien vorgekommen seien. (Der „Volkswacht“ nicht! D. R.) Die Geschichtchen, die man nicht erörtern könne, seien vorgekommen und nun solle die Stadt die Kosten bezahlen. Ist das nicht töflich? — Also die Reiße'schen Blätter haben nicht den Mut, stadtbekanntes Skandalgeschichten aufzudecken, um dadurch die Aufmerksamkeit der Behörden auf Mißstände schlimmer Art hinzuweisen und deren Beseitigung zu bewirken? Und wenn auswärtige Blätter im Interesse der Stadt und der Bevölkerung sich keinen Maulkorb anlegen lassen, sondern die Dinge beim richtigen Namen nennen, um die Behauptungen zu entfernen, dann heißt das „diskreditieren“. Das ist die Logik, die nur in Reiße zu finden ist und leider dort auch schon Schule gemacht hat. Die Forderung der Gehälter der, wie der Magistrat selbst zugiebt,

bringend notwendigen Sicherheitsbeamten wurde „natürlich“ abgelehnt. Und das in dem frommen Reisse! **Oppeln.** Der Gattenmord im Walde. Ein trübes Familienbild bot die Ehe des Häuslers Rittol in Groß Döbern von der ersten Stunde ihres unglücklichen Beginns an. Seitens der jungen Frau war die Ehe nur aus Spekulation eingegangen worden, da R. ein für seine Verhältnisse nicht unbemittelter und dabei arbeitsamer Mann war. Er dagegen hatte aus Liebe geheiratet. Statt sich auch nur Mühe zu geben, diese Gefühle zu erwidern oder doch wenigstens zu dulden, nachdem sie am Altar Treue geschworen, machte die Frau aus ihrer Abneigung gegen den Gatten, dem sie auch geistig überlegen gewesen zu sein schien, kein Hehl. Statt ein Paradies in der Ehe zu finden, wie er und so viele Andere schon gehofft, fand Rittol bei seiner Frau die Hölle. Mit aus diesem Grunde zog der fleißige Mann wol eines Sommers in das gelobte Land Sachsen auf Arbeit. Als ihm dort das Unglück passierte, daß er ein Bein brach, äußerte seine Frau, als sie daheim davon hörte, mit rührender Teilnahme: „Es ist schade, daß er nicht gleich beide Beine gebrochen hat, da hätte er vielleicht nicht mehr nach Hause kommen können.“ Diesen Gefallen tat nun Rittol der liebenden Gattin nicht, sondern, nachdem er aufkurirt war, kehrte er nach Groß-Döbern in sein Martyrium zurück. Am 24. Oktober v. J. — nun kommen wir zu dem mysteriösen Schlußakt der Familiendramödie, der von Donnerstag ab das hiesige Schwurgericht beschäftigt — führen Rittol und seine Frau in aller Morgenfrühe mit einem Gespann in den Wald in der löblichen Absicht Holz, und zwar gleich einige Stämme, zu fällen. Zu dem Zweck hatte man sich auch mit dem nötigen Handwerkszeug u. a. einer Art versehen. Was nun in diesen Morgenstunden zwischen den Eheleuten in der Waldeinsamkeit sich zutragen, darüber ruht das Dunkel, in das die gerichtliche Verhandlung Licht bringen soll; — genug, Frau R. kehrte gegen 6 Uhr Morgens anscheinend heiter und guter Dinge allein aus dem Walde in das Dorf zurück und hantierte dort in gewöhnlicher Weise in ihrer Wirtschaft. Nachmittags gegen 2 oder 3 Uhr kam ein Bauer mit der Schreckensmar an, er hätte im Walde die Leiche des Rittol aufgefunden. Dieselbe liege unter zwei Fichtenstämmen und schwimme im Blute, das von schweren Kopfwunden herzurühren scheine. Frau Rittol nahm die Trauerbotschaft ziemlich gelassen entgegen, in Begleitung anderer Dorfbewohner ging sie in den Wald, um die Leiche zu holen. Bald verbreitete sich das Gerücht, daß Rittol nicht von den Baumstämmen erschlagen, wie man zuerst annahm, sondern von seiner Ehefrau mit einer Art getötet worden sei. Die Staatsanwaltschaft trat der Sache näher und glaubte bald genügenden Anhalt gefunden zu haben, um gegen Frau Rittol das Verfahren wegen Mordes einzuleiten zu können. Es wurde u. a. in der Rittol'schen Wohnung eine Art beschlagnahmt, an deren Eienteilen Blut und zwar, wie der Gerichtschreiber Herr Dr. Zeserich aus Berlin bezugnehmend, Menschenblut klebte. Werdend sprachen lauternde die Ausjagen der Ärzte in Bezug auf die Todesursache des Rittol. Während Kreiswundarzt Dr. Schmidt in Rapp zu dem Resultate kam, daß die tödlichen Verletzungen des Rittol nur durch Schläge mit einem stumpfen Instrumente heigebacht sein können, vertrat und vertritt Kreisphysikus Dr. Klose noch die gegenseitige Ansicht, indem er behauptet, der Tod des Rittol ist durch die niederstürzenden Baumstämme herbeigeführt worden. Beide Sachverständige führen für die Richtigkeit ihrer Gutachten eine Reihe von Gründen an. Das Medizinalkollegium der Provinz Schlesien in Breslau, dessen Entscheidung in diesem Zweifelpakt der Meinungen angerufen wurde, stellt sich auf die Seite des Herrn Dr. Schmidt, während Kreisphysikus Klose weiter darauf hinweist, daß es undenkbar sei, daß die Ehefrau — um, wie die Klage nimmt, die ihr zur Last gelegte Tat zu verjähern — die schweren Fichtenstämme auf den Körper ihres Ehemannes habe wälzen können; die Verletzungen können sehr wol durch die knorrigen Baumstämme verursacht sein. Die Sache liegt hiernach also sehr interessant und man darf daher dem Prozeß und seinem Endergebnis mit großer Spannung entgegensehen. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht, deren Dauer auf 3 Tage bemessen ist, sind 5 Sachverständige, darunter Herr Geh. Medizirrat Professor Dr. von Miculicz aus Breslau und Herr Gerichtschreiber Dr. Zeserich aus Berlin, sowie 65 Zeugen geladen.

Kattowitz, 29. März. Die Firma Behr und Comp. aus Liegnitz hat im Frölich'schen Hause Wohnung und Ausgabe-Lokale gemietet, um ein Zweiggeschäft zur Anfertigung von wollenen Tüchern einzurichten.

Kattowitz, 30. März. Der Schußengel — des Derauschten. Drei Herren aus W. und J. hiesigen Kreises unternahmen kürzlich, nach der hiesigen Zeitung, eine Bierreise nach Russisch-Polen. Da passierte einem derselben das Malheur, daß er seinen Halbpak verlor. Der Schreck darüber war natürlich nicht gering, zumal gegenwärtig drüben eine strenge Grenzkontrolle gehandhabt wird, auch der letzte Zug schon zur Abfahrt bereit stand. Die Möglichkeit, mit der russischen Polizei eine unangenehme Bekanntschaft zu machen, lag recht nahe. Aber die Not, die bekanntlich erfindertisch macht, erweckte noch rechtzeitig einen rettenden Gedanken, der auch alsbald ausgeführt wurde. Unser Landemann begab sich durch einen Wagen auf die dem Bahnhof entgegengesetzte Seite des Zuges und machte sich dort so klein als möglich auf dem Trittbrette. Der finstere Abend begünstigte das Unternehmen. Lange Minuten vergingen, da Gottlob! setzte sich der Zug in Bewegung. Nicht lange währte es und der blinde Passagier war außer der russischen Machtbefugnis. Noch einmal traf der Schreck in seiner vollen Größe den „Trittbrettfahrer“. Er beging die Unvorsichtigkeit, die Beine hängen zu lassen und schlug mit denselben so heftig gegen eine Weichenstange, daß er nur wie durch ein Wunder auf seinem gefährlichen Platze sitzen blieb. Auf der weiteren Fahrt entdeckte ihn ein Schaffner, der sich des Waghalses annahm, indem er ihn in den Wagen rief. Der ausgestandene Schreck hatte den Ausflügler, der Sosnowice in dulce júbilo verließ, vollständig nüchtern gemacht.

Sagan, 30. März. In vergangener Nacht gegen 12 1/2 Uhr brannte das am Nizzaplatz gelegene Wohnhaus des Fleischermeisters Härtel bis auf die Grundmauern nieder. Nur die zu beiden Seiten stehenden Brandmauern schützten die Nebengebäude. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts sicheres bekannt. Bei diesem Brande hat sich wieder einmal die Notwendigkeit einer Wasserleitung recht deutlich gezeigt.

Freiburg. Wie mitgeteilt wird, haben in den letzten Tagen zwei Personen von Waldenburg aus Orte des schweidnitzer Landgerichtsbezirks bereist und Tuch feilgeboten, welches nach ihren Angaben gutes englisches Tuch sein sollte und nur aus Not billig verkauft werden mußte, welches in Wahrheit aber ein geringwertiges Produkt aus sogenannter Kunstwolle war. Der eine dieser beiden Männer, welche aus Breslau stammen, ist klein und stark, hat dunklen, graumelirten Schnurbart und hervorstehende Augen. Es ist nicht unmöglich, daß weitere Schwindeleien versucht werden. Wir haben f. B. vor einem solchen Gauner gewarnt. Der Erste Staatsanwalt zu Schweidnitz ersucht, auf verdächtige Personen zu achten, sie event. festzunehmen und in das nächste Gefängnis abzuliefern.

Langenbielau. Ergebnis der Gewerbergerichtswahlen. Die Zahl der für die 2. und 3. Kammer abgegebenen Stimmen war eine sehr geringe. Von den sämtlichen Unternehmern der 2. Kammer sind nur 4 bei der Wahl erschienen und wurden von ihnen die Baumeister Fellbaum und Schenk gewählt. Von den Handwerksmeistern hatten sich im Ganzen 87 eingefunden und entfielen auf die von der Innung aufgestellten Kandidaten 75 Stimmen. Die von unserer Seite vorgeschlagenen Arbeiterbeisitzer sind sämtlich gewählt worden und zwar in der 2. Kammer die Maurer Scholz und Wunsch mit 9 und in der dritten Kammer Tischler Hase und Zigarrenmacher Hülse mit 21 Stimmen. In Langenbielau waren von der Textilbranche 602 Arbeiter erschienen, drei von ihnen jedoch ohne genügende Legitimation, und konnten dieselben daher ihr Wahlrecht nicht ausüben. Die abgegebenen 599 gültigen Stimmen entfielen sämtlich auf F. Fianke und Wilhelm Proffe und sind dieselben somit als Arbeiterbeisitzer gewählt. Dadurch ist aufs neue der Beweis für die Einmütigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Langenbielau erbracht worden. Interessant ist übrigens demgegenüber das Zahlenverhältnis der in der 1. Kammer für die Unternehmer abgegebenen Stimmen. Es waren von ihnen 11 zur Wahl erschienen und verteilten sich die abgegebenen Stimmen in folgender Weise: Fabrikbesitzer Georg Dierig erhielt 8, Reinh. Flechtner 10, Fr. Dierig 3 und Ed. Fröhlich 1 Stimme. Die beiden Erstgenannten sind mithin gewählt. — 599 Arbeiter stimmten also wie ein Mann, wohingegen die 11 Unternehmer eine Zersplitterung zeigten.

Waldenburg. Eine Warnung an die Grubenbesitzer“ nennt die „Wormens Times“ folgenden an sie gerichteten Brief: „500 000 tüchtige Kohlengrubenarbeiter bieten ihre Arbeit zu dem bescheidenen Preise von 25 Schillingen (15 fl.) per Woche an. Vierzig Millionen britische Bürger sind bereit, die verlangten Preis von 25 Schillingen wöchentlich zu zahlen. Ungefähr 12 Menschen, Privateigentümer der Kohlen-

gruben, sagen: „das dürft Ihr nicht.“ Es besteht absolut kein Streit zwischen der halben Million von Verkäufern u. d. den Vierzig Millionen von Käufern der Grubenarbeit. In der Tat, die besten und freundschaftlichen Geschäftsbeziehungen bestehen zwischen ihnen und die ganze Produktion des Landes, welche 37 Millionen Pfund Sterling pro Woche wert ist, hängt ja davon ab, daß die Käufer und Verkäufer der Arbeit in den Kohlengruben ihr Geschäft regelmäßig und ungehindert abwickeln können. Wer hat es denn aber gewagt, Unfrieden zu stiften und das britische Volk durch Störung dieses friedlichen Verkehrs zum Narren zu halten? Nun, einfach ein Duzend Leute, welchen die Nation in ihrer Langmut erlaubt den Titel von „Eigentümern der Kohle unter der Erde“ zu führen. Ich bin der Meinung, daß das eine Verletzung des „Gesetzes über unterirdisches Eigentum“ ist; sollte dies aber nicht der Fall sein, so ist es ganz bestimmt eine direkte Aufforderung und Einladung an das britische Volk, dem Privateigentum an Grund und Boden gründlich ein Ende zu machen. Jenen Grubenbesitzern möchte ich sagen: „Gebt Acht, wie Ihr mit Eurem Privilegium des privaten Eigentums umgeht, so lange Ihr es noch habt; wenn Ihr durch Euren Ring das britische Publikum hindert, die Arbeit von 500 000 Kohlengräbern zum Preise von 25 Sch., wöchentlich anzukaufen, werdet Ihr die Nation böse machen und sie veranlassen, sofort die Nationalisierung des Bodens vorzunehmen; das Volk braucht nur noch weniger weiterer Beweise, wie dieser, um einzusehen, daß Privateigentum an Grund und Boden in unserem Lande gänzlich unpraktisch und unzeitgemäß ist.“

Waldenburg. Vom schwarzen Gold schreibt man dem „Chemnitzer Beobachter“ aus Zwickau: „Obgleich im vorigen Jahre ein allmähliges Zurückgehen der Bergarbeiterlöhne zu beobachten war und die weichenbe Tendenz noch fortwährend zu beobachten ist, so darf man nicht glauben, daß auch die Kohlegesellschaften schlechte Geschäfte gemacht haben; im Gegenteil, die jetzt veröffentlichten Rechenschaftsberichte mehrerer Werke zeigen deutlich, daß ganz erließliche Ueberschüsse gemacht worden sind. So hat der „Steinkohlenbau-Berein Gersdorf“ einen Reingewinn von 414 274,25 Mark erzielt. Derselbe wird folgendermaßen verteilt: Reservefonds 20 626,16 Mark, Lantieme und Gratifikationen 48 127 Mark 70 Pfennige, Dividenden 345 520,30 Mk. Es werden davon auf die verschiedenen Serien 19,17 und 7 Prozent verteilt. Der Aufsichtsrat des Steinkohlen-Bauvereins „Gottes Segen“ bei Lugau beschloß für die Stamm-Aktien 17 Prozent und für die Stamm-Prioritäts-Aktien 22 Prozent Dividende zur Verteilung zu bringen. Beim Steinkohlen-Bauverein „Hohndorf“ ist die Kohlenförderung um 19¹/₁₀ Prozent gestiegen, die Produktionskosten haben sich von 65,59 Pfg. auf 63,81 Pfg. vermindert. Es verblieb ein Rohgewinn von 417 497 Mk., zur Verteilung kommen 380 000 Mk. Dividende. Die Gesellschaft Bockwa-Hohndorf-Vereinigt-Feld bei Lichtenstein machte bei einer Einnahme von 2361 719 Mk. einen Rohgewinn von 808 674 Mk. und einen Reingewinn von 628 674 Mk., wovon 597 303 Mk. zur Verfügung der Hauptversammlung bleiben. Lugauer Steinkohlen-Bauverein. Vorge schlagen wird eine Dividende von 30 Mk. auf Stammaktien und von 45 Mk. auf Prioritäts-Stammaktien. Bei solchen Erträgen läßt es sich für die Aktionäre ganz gut leben, während die Vergleiche beständig klagen und jetzt durch Feuerschichten und Lohnreduzierungen doppelt gestraft werden.“ — Und wer schafft das schwarze Gold zu Tage? Der Aktionär oder der Bergmann? Und wer riskiert täglich sein Leben im Schacht? Der Aktionär oder der Bergmann? Und warum bekommt der Aktionär den größten Happen und der Bergmann den kleinsten? Warum? Weil unsere Gesellschaftsverfassung eine einzige große Lüge ist, die der Egoismus geschaffen hat und der Egoismus erhält. Was Rettung bringen kann, ist allein die Sozialdemokratie im buchstäblichen Sinne des Wortes.

Posen.

Ostrowo, 28. März. Eine barbarische militärische Exekution in Russisch-Polen. Am vorigen Freitag wurden in dem benachbarten russischen Garnisonplatz Kalisch auf freier Felde vor der Stadt einem russischen Soldaten 200 Kanischüsse verabreicht. Der Unglückliche, der Frau und Kinder besitzt und polnischer Nationalität ist, war als Wachtposten am Pulverturme eingeschlossen und hatte man ihm infolgedessen diese barbarische Strafe zudiktirt. Vor über tausend Personen wohnten der Exekution bei. Die russischen Offiziersfrauen sahen von ihren Equipagen

aus diesem entsetzlichen Schauspieler zu. Bis zum 50. Sieb schwieg der Delinquent. Dann begann er zu stöhnen, rief einmal nach Wasser und gab nach dem 100 Sieb kein Lebenszeichen mehr von sich. Ein Freiwilliger erbarmte sich des Unglücklichen und goß ihm Wasser übers Gesicht, was dem Mitleidigen einen Nüffel seitens eines Offiziers eintrug. Der blutige und regungslose Körper des ausgepeitschten Soldaten wurde dann auf einem Karren ins Lazaret gefahren. Einen geradezu widerlichen Eindruck auf die Zuschauer machten mehrere russische Offiziersdamen, welche an diesem barbarischen Schauspiel sich aufs höchste ergötzen.

Rawitsch. G e s i e g t! Soeben erfahren wir das Resultat der Wahl zum Gewerbeschiedsgericht. Es erhielten von 132 eingeschriebenen Wählern unsere am 18. März aufgestellten Genossen Lindner, Suchantke und Herbrich je 113 Stimmen. Der Versuch unserer Gegner, ein Kartell zu bilden, ist an der Uneinigkeit derselben gescheitert, und haben sie die Büchse ins Korn geworfen. Die Herrn Zänfler und Innungsmeister können sich an uns ein Beispiel nehmen.

Nachtrag.

Gewerkschaftsversammlung. Gestern, Mittwoch Abends, tagte bei Ködler, Friedrich-Wilhelmstraße, eine schwach besuchte öffentliche Gewerkschafts-Versammlung. Steinmez Hübenett eröffnete dieselbe als Einberufer um 3/4 9 Uhr und wurden in das Bureau Tischler Bergmann als erster, Steinmez Hübenett als zweiter Vorsitzender und Zimmerer Schmidt als Schriftführer gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lokalfrage. 2. Die Stellung der Breslauer Gewerkschaften zum Kartell. 3. Verschiedenes. Es wurde ohne Referat sofort in die Verhandlung eingetreten und erwies sich der Meinungsaustausch als ein überaus lebhafter. Bei der großen Zahl der Redner können wir nur einen resumierenden Bericht über den Verlauf der Debatte geben. Es wurden verschiedene ablehnende Antworten einzelner Gastwirte zu der Anfrage des Kartells bezüglich der Saal-Überlassung verlesen, die mitunter die Aufmerksamkeit der Hörer in Bewegung setzten. Aus denselben geht jedoch hervor, daß ein Boykott gegen eine ganze Reihe von Saalbesitzern von Erfolg gekrönt sein würde. Die Frage des Boykotts wurde jedoch von einer Seite in Bezug auf ihre Erfolge verneint und der Vorschlag gemacht, lieber aus Bruchteilen von Festüberschüssen einen eigenen Saal zu erbauen. Wann derselbe fertig sein würde und wo wir unsere Versammlungen in der Zwischenzeit abhalten sollen, wurde nicht gesagt. Als Beispiel des Solidaritätsgefühls wurde unter allgemeiner Entrüstung konstatiert, daß auf dem Bollrath-Kommerse auch ein Arbeiter-Gesangverein (Bildhauer) sich hören ließ. Ferner wurde die ablehnende Stellung der hiesigen Freien Musiker-Vereinigung zum Kartell ebenso wie jene der Tischler ebenfalls kritisiert. Der erstgenannten Organisation wird vorgehalten, daß sie sich die Behauptung des „General-Anzeigers“, er wäre zum offiziellen Publikationsorgane ernannt, widerspruchslos gefallen ließ. Diefelbe müsse also den Tatsachen entsprechen und eine diesbezügliche gegenteilige Erklärung des Vorsitzenden in der „Volkswacht“ nicht stichhaltig sein. Das Ergebnis der Diskussion über den ersten Punkt der Tagesordnung war die Wahl eines Vertrauensmannes, welcher in Uebereinstimmung mit den beiden politischen Vertrauensmännern demnächst eine Volksversammlung einberufen soll, die sich mit der Lösung der Lokalfrage zu beschäftigen hat. Die Wahl fiel auf Genossen Hennig. — Beim zweiten Punkte wurde hauptsächlich der Standpunkt der Tischler zum Kartell besprochen und gestaltete sich die Debatte in ihrem späteren Verlaufe mehr zu persönlichen Auseinandersetzungen. Auch wurde die Frage der Reorganisation des sozialdemokratischen Arbeitervereins auf's Tapet gebracht. Allseitig wurde betont, daß die Gewerkschaftsorganisation niemals allein von der Form abhängig gemacht werden solle. Nachdem die Rednerliste zum zweiten Punkte der Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende die Versammlung, ohne den dritten Punkt zur Verhandlung zu stellen, um 11 Uhr Abends.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 29. März.
 Todesfälle: III. Paul, Sohn des Postunterbeamten Josef Sambale, 11 Monate. — Maschinenstrickersfrau Charlotte Wittich, geborene Hirsch, 45 J. — Adolf, S. des Hilfsweichenstellers Adolf Lerch, 8 J. — Elfriede, T. des Arbeiters Dewald Weigmann, 9 J. — Elfriede, T. des Arbeiters Rudolf Kropow, 9 M. — Oberlandesgerichtsekretär Karl Zimmer, 38 J. — Kan leirat Robert Sturm, 69 J. — Haushälter Heinrich Pizygorsky, 43 Jahr.

Vom 30. März.

Heirats-Ankündigungen. I. Haushälter Wilhelm Rose, evang., Wilschergäß 6/7, und Martha Pötner, evang., Polenerstr. 9. — Kaufmann Franz Wagner, evang., Wilschergäß 1, und Louise Mabe, evang., Neue Jüterbogstr. 2. — II. Destillateur Carl Sonnenfeld, mos., zu Nicolai und Bertha Roth, mos., Sonnenstr. 11. — Lokomotivführer Oscar Koch, evang., zu Kreuzurg, und Louise Koch, evang., Neue Tauenbergstr. 72. — Dr. med. Emil Biehemann, evang., zu Charlottenbrunn, und Anna Träger, evang., Balustr. 15. — Bildhauer August Leichmann, kath., Borwerkstr. 42, und Marie Wetz, kath., Klostergäß 11. — Herrschaftl. Kutscher Carl Walter, evang., Tauenbergplatz 2, und Therese Schönselber, kath., Lobestr. 100. — III. Kutscher Robert Grutze, evang., Michaelsstr. 27a, und Louise Böttling, kath., baselst. — Haushälter Carl Veiler, kath., Matthiassstr. 71, und Sophie Beritt, kath., Wehlgasse 17. — Gasthofbesitzer Christoph Lindner, evang., Schichwerberplatz 1, und Anna Baumgart, kath., baselst.

Eheschließungen. I. Haushälter Wilhelm Lorenz, ev., mit Agnes Seblad, kath., hier. — II. Lehrer Gustav Bahr, evang., zu Damsdorf, mit Emma Sommer, evang., hier. — Korbmacher Paul Ahmann, evang., mit Ida Kube, kath., hier. — III. Reisender Gustav Kraemer, evang., mit Elisabeth Kniebandel geb. Kernig, evang., hier. — Schuhmacher Michael Sendrialek, kath., mit Karoline Brinze, evang., hier. — Zigarettfabrikant Paul Niesel, evang., mit Pauline Niesel, evang., hier.

Geburten. I. Straßenbahnkutscher Heinrich Schmidt, kath., S. — Konditor Benno Rabich, evang., S. — Schuhmacher Paul Steinberg, evang., S. — Schuhmacher Carl Niesel, evang., S. — Arbeiter Carl Koerner, evang., S. — II. Kaufmann August Bedert, kath., S. — Arbeiter Valentin Lobinski, kath., S. — Fleischermeister Paul Stampe, evang., S. — Weichensteller Paul Wehr, evang., Zwillingknaben. — Radmeister Carl Langer, kath., S. — Anstreicher Ernst Schmidt, evang., S. — Zimmermann Paul Bahr, kath., S. — Tischler Josef Seidl, kath., S. — Amtsgerichtskanzlist Carl Herrmann, kath., S. — Kaufmann Richard Grün, jüd., S. — Bürgermeister Carl Lettenborn, kath., S. — Wasserleitungsunternehmer Wilhelm Krusch, evang., S. — III. Arbeiter Robert Sturm, evang., S. — Arbeiter Hermann Skupin, kath., S. — Arbeiter Hermann John, evang., S. — Drechsler Julius Ledwonn, evang., S. — Kaufmann Carl Hanke, kath., S. — Spielwarenfabrikant Robert Beck, evang., S. — Holzbildhauer Heinrich Körber, evang., S. — Tischler Paul Veran, kath., S. — Stellmachermeister Adolf Menzel, evang., S. — Müller Friedrich Schütz, evang., S. — Feuerwehmann Josef Hoffmann, kath., S. — Maurer Carl Weiser, kath., S. — Korbmacher August Müller, evang., S. — Schmied Josef Kögel, kath., S. — Zimmermann Oscar Hahn, evang., S. — Gerichts-Hilfsdiener Gustav Schulz, evang., S.

Todesfälle. I. Arbeiterfrau Martha Feig geb. Friedlsand, 32 J. — Schuhmachergeselle Hermann Heimlich, 20 J. — Nachtwachtmannsmitwe Karoline Wintner geb. Leppich, 76 J. — Hedwig, T. des Arbeiters Paul Baumert, 8 Mon. — Kretschmer August Richter, 57 J. — Elisabeth, T. des Arbeiters Paul Baumgart 13 J. — Schuhmachergesellenfrau Johanna Hoppe geb. Schwarzer, 40 J. — Bergolder August Willers, 59 J. — Buchbucker Adolf Duhig, 40 J. — Arbeiterwitwe Dorothea Flegner geb. Haertel, 64 J. — II. Arbeiterwitwe Theresia Bisk, geb. Spact, 55 J. — Hofknecht August Leistner, 64 J. — Dienstmagd Marie Schubert geb. Kappel, 46 J. — Arbeiter Josef Kranz, 47 J. — Hanna, T. des Kaufmanns Richard Grün, 2¹/₂ Stunden. — Emma, T. des Böttchers Wilhelm Langer, 4 J. — Versicherungsinpektor Hermann Elbogen, 53 J. — Arbeiter Ernst Doblin, 41 J. — Schäfte mitwe Elisabeth Barisch geb. Böllner, 80 J. — Tischler Josef Reimann, 63 J. — Alireb, S. des Metallgießers Friedrich Schnürpel, 4 W. — Major a. D. v. Knobloch, 68 J. — Konditor Wilhelm Hoffmann, 72 J. — Clara, T. des Schuhmachers Ernst Kreisamer, 6 Mon. — Hedwig, T. des Hilfsbreiters Josef Vinke, 5 J. — Tischlermeister Eduard Hildebrandt, 68 J. — Walter, S. des Haushälters Hermann Wittke, 11 W. — Particulier Wilhelm Farr, 66 J. — Margarethe, T. des Güterbodens Arbeiters Julius Wille, 6 Mon. — III. Hans, S. des Postkaffners Johann Reimann, 1 J. — Gertrud, T. des Schriftstellers Julius Wallach, 6 Mon. — Johanna, T. des Arbeiters Carl Glanz, 11 W. — Erich, S. des Schlossers Eduard Schulz, 2 J. — Tapezierer Wilhelm Schulz, 43 J. — Kaufmannsrau Maria Keß geb. Fiedler, 32 J.

Die Vorsitzenden, resp. Bevollmächtigten aller hiesigen Gewerkschaften werden dringend ersucht, ihre genauen Adressen baldmöglichst an die Expedition der „Volkswacht“ gelangen zu lassen.

Korrespondenz.

Redaktion für den politischen Teil.
Breslau 2. Das Referat des Abgeordneten Kunert's Bries war in den wesentlichen Punkten eine Gedächtnisrede auf A. M. S. Komentus und seine Grundsätze bezüglich einer allgemeinen Volksschule. Es wies nach, daß die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der „liberalen“ den Namen des großen Schulmannes nur auf den Lippen haben, daß sie groß Worte, aber nicht Taten der Schulreform aufzuweisen hätten u. s. w. Wenn also die „Bresl. Morgen-Zeitung“ in ihrer Nummer 75 unter „Bries“ urteilt, daß der Referent „in befannter nichts neues vo bringender Weise“ gesprochen habe, so sind das ebenso viele Lügen als Worte. Ob nun zu einem derartigen Vorgehen mehr Dummheit oder mehr Frechheit gehört, lassen wir dahingeh. — D. R.

